SABOTAGE

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 37

12/98
4. Jahrgang

„TEST YOUR AZ" : INTERVIEW MIT ZWEI BESETZERINNEN • NEUES ZUR GENDATEI • AKTUELLES ZU MUMIA ABU JAMAL • PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM UND DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 / 611 62 49
Biz.: 100 500 00 / Kto-Nr.: 0670017787

SABOTAGE

Vorwort

Im Grunde genommen war der November mal wieder ein erfolgreicher Monat - aus politischer Sicht. Die meisten Aktionen, die Linke/Linksradikale in der Region durchgeführt haben, endeten ihren Erwartungen entsprechend. Wir haben uns einige davon herausgegriffen:

Am 01.11.1998 wurde unter dem Motto *„Erinnern für die Zukunft! Nicht schweigen - nicht leugnen - noch vergessen"* die traditionelle Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus veranstaltet. Auf dem Heidelberger Bergfriedhof waren vor dem Krematorium Menschen zusammengekommen, die an all jene erinnern und gedenken wollten,

„die im Nazifaschismus ihr Leben lassen mußten ... und sich in dieser Zeit der Barbarei entgegenstellten und Widerstand leisteten." (aus der Rede der Autonomen Antifa Heidelberg)

Am 07.11.1998 wollten die (neo)faschistische *„Nationaldemokratische Partei Deutschlands"* (NPD) und ihre Jugendorganisation *„Junge Nationaldemokraten"* (JN) unter dem Motto *„Der Fall des politischen Gefangenen Günter Deckert - derzeitiger Stand"* in Bruchsal eine Demonstration mit anschließender Kundgebung abhalten. Das war ihnen dann aber aufgrund vehementen antifaschistischen Widerstands nicht möglich:

„Der Mobilisierung des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Rhein-Neckar (AARN) und anderer antifaschistischer Gruppen ist es zu verdanken, daß die NPD [und die JN] nicht, wie schon zweimal zuvor in diesem Jahr, in Bruchsal öffentlichen Raum zur Verbreitung ihrer faschistischen Propaganda einnehmen konnte." (aus der Pressemitteilung des AARN vom 07.11.1998)

[*Näheres dazu könnt ihr den Seiten 20 und 21 entnehmen.*]

Am 08.11.1998 endete mit der Wiederwahl Beate Webers das Heidelberger OB-Wahlkampf-Rennen endgültig - auch für den vom Autonomen Zentrum Heidelberg (AZ) präsentierten *„Kandidaten*

Inhaltsverzeichnis:

zentren häuser wagenplätze

Kein Tag ohne Autonomes Zentrum! - Die „Test Your AZ"-Besetzung des Alten Hallenbades: Interview mit zwei „Komitee"-Angehörigen 5

antistaatlich/antikapitalistisch

Gegen EU- und G8-Gipfel in Köln 11

politische gefangene

Mumi Abu-Jamal ist wieder aktuell von Hinrichtung bedroht! 14

programmübersicht

Das Autonome Zentrum Heidelberg im Dezember 16

geschichte des widerstands

„Es lohnt sich, Widerstand zu leisten!" 18

antifa

Nazi-Aufmarsch in Bruchsal verhindert-Erfolgreiche antifaschistische Mobilisierung 20
Nichts ist vergessen und Niemand!-Antifaschistische SchülerInnendemo in Weinheim ... 22
Liebe und Kraft für Holger 24
Den rassistischen Brandanschlag von 1988 niemals vergessen! 25
Was sie schon immer über die Gendatei wissen wollten 26

sonstige sabotage

Demos & Veranstaltungen 29

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" im Dezember 32

der extremen Mitte", Peter Alexander Plattmann:

„*Diese Kommunikationsguerilla-Aktion war - in ihrer Gesamtheit betrachtet - so erfolgreich, daß sich das AZ so positiv und so breit wie noch nie in die (massen)mediale Öffentlichkeit bringen konnte.*" (aus dem Flugblatt „*Kein Tag ohne Autonomes Zentrum*" der Vollversammlung des Autonomen Zentrums)

Mit diesem Plattmann-Spektakel konnten so viele Menschen wie noch nie an das Thema „AZ" herangeführt werden. Zum ersten Mal war es möglich, über die effektive Nutzung der durch den bürgerlichen Wahlzirkus bereitgestellten Infrastruktur Bevölkerungsschichten zu erreichen, an die mensch mit den eigenen Mitteln wohl niemals herangekommen wäre.

Am 09.11.1998 wurde eine Frau vom Vorwurf des „*Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz*" freigesprochen. Sie war Ende März 1997 zusammen mit einigen anderen Leuten auf dem Laudenbacher Bahnhof von der Polizei in einem Zug festgehalten und dabei personenkontrolliert worden. Konstrukt: sie soll etwas mit der kurz zuvor durchgezogenen Nazi-Outing-Aktion vor dem Haus der NPD-Faschistin Irina Beikert zu tun gehabt haben; und die auf dem Bahnhof festgestellte „Vermummung" (durch einen etwas höher gezogenen Schal) stelle im Zusammenhang mit dieser Demonstration einen Straftatsbestand dar. Damit kamen die Ermittlungsbehörden aber letzten Endes doch nicht durch, weil

„*fest steht, daß außerhalb einer wie auch immer gearteten Versammlung jegliche Art von Kopf- und Gesichtsbedeckung vor dem Gesetz völlig unverfänglich ist.*" (aus dem RNZ-Artikel „*Denn Vermummte sieht man nicht*" vom 10.11.1998)

Am 09.11.1998 fand in Weinheim unter dem Motto „*Nichts ist vergessen und niemand*" eine Gedenkdemonstration anläßlich des 60. Jahrestages der Reichspogromnacht statt. Mit etwa 400 TeilnehmerInnen folgten dem Demonstrationszug durch Teile der Weinheimer Innenstadt weit mehr Menschen, als vorher erwartet werden konnte. Damit war es der verantwortlich zeichnenden Jugend Antifa Weinheim, der Antifaschistischen Jugend Aktion Heidelberg und der Autonomen Antifa Heidelberg erfolgreich gelungen,

„*unterstützt durch weitere antifaschistische Gruppen, ein Zeichen [zu] setzen, um an die Pogrome und die millionenfachen Morde der Nazis zu erinnern, und vor allem, um die Opfer nicht in*

Impressum

SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
Antiquariat Schöbel & Kube HD, AZ HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, Der Andere Buchladen MA, JUMP Walldorf, JUZ MA, LP HD, Neckarpark MA, Nosferatu MA, Schwarzwurzel LU, Stoffwechsel MA oder im
Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift
oder im **Internet:**
http://www.autonomes-zentrum.com/sabotage/sabotage.htm

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 2 26 52
e-mail: sabotage@autonomes-zentrum.com

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Vergangenheit geraten zu lassen." (ANO/kL im *Hirschhorner Stadtanzeiger*)

[*Näheres dazu findet ihr auf den Seiten 22 und 23.*]

Am 15.11.1998 wurde - als weiterer Höhepunkt einer mittlerweile langen Reihe öffentlichkeitswirksamer Pro-AZ-Aktionen - für vier Stunden das Alte Hallenbad in der Bergheimer Straße besetzt, um dort tanzend und feiernd den Kampf fürs AZ Heidelberg massenhaft zum Ausdruck zu bringen. Das „**Unabhängige Komitee** »*Kein Tag ohne Autonomes Zentrum*«", das im Rahmen der „Test Your AZ"-Kampagne diese BesetzerInnen-Party vorbereitet, organisiert und mit vielen HelferInnen durchgeführt hat, kündigte an,

„*hier in Heidelberg so lange leerstehende Häuser zu Party- oder Veranstaltungsräumen [umzufunktionieren], bis ein konkretes, vertraglich abgesichertes Gebäude ins neue, gleichwertige Domizil des Autonomen Zentrums verwandelt werden kann.*" (aus dem am Ende der BesetzerInnen-Party verteilten Flugblatt „*Besetzung des Alten Hallenbades*" vom **Unabhängigen Komitee** „*Kein Tag ohne Autonomes Zentrum*")

[*Näheres zu dieser „extrem lässigen" Aktion findet ihr im Interview ab Seite 5.*]

Ja, und dann konnte in Frankfurt noch ein Spitzel entlarvt werden, der sich unter dem Namen „Thorsten Behrens" seit längerem in antirassistischen Kreisen bewegt hatte. In dem vom „*Dritte Welt Haus e. V.*" verteilten Flugblatt zu diesem erneuten staatlichen Angriff auf linke Strukturen heißt es:

„*»Thorsten Behrens« arbeitete drei Monate in der* GGUA *(Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender) in Münster mit, sowohl in der Beratung als auch in der Radiogruppe. In den letzten vier Monaten beteiligte er sich in der* IgA *(Initiative gegen Abschiebung) im »Dritte Welt Haus e. V.« in Frankfurt. Von dort aus gelangte er in das Frankfurter Karawanenbündnis und das Rhein-Main-Aktionsbündnis gegen Abschiebung.*" (aus dem *Dichtung & Wahrheit*-Artikel „*Spitzel im »Dritte Welt Haus e. V.« in Frankfurt)*

Abgesehen von diesen mehr oder minder erfolgreichen Begebenheiten war der November aber eigentlich wie immer - außer, daß es

- der neue Bundesinnenminister Otto Schily (im ideologischen Schlepptau Gerhard Schröders) für angebracht hielt, eine verschärfte „Ausländerdebatte" anzuheizen, indem er in bester rassistischer Manier, die in ihrem Aussagegehalt die CDU/CSU rechts überholt, von einem „*vollen* [deutschen Volksgemeinschafts-] *Boot*" und „*überschrittener Belastungsgrenze bei Zuwanderung*" sprach,
- dem italienischen Staat (wahrscheinlich nach Vorabsprachen) gelungen ist, den Führer der PKK - Abdullah Öcalan - festzunehmen, nach ein paar Tagen wieder frei und in einer Villa an der Küste wohnen zu lassen, sich eine Krise mit der Türkei, die ihren Staatsfeind Nr.1 „haben" und zu diesem Zwecke sogar die Todesstrafe abschaffen will, einzuhandeln und Ärger mit der BRD, die die Stellung eines Auslieferungsantrages noch zurückhält, zu bekommen,
- jetzt doch zur Abschiebung „Mehmets" gekommen ist, so als wollte mensch diesen türkischen Jungen zur Inkarnation des „straffällig gewordenen, schwerverbrecherischen Ausländers" hochstilisieren, der sofort aus dem „gesunden deutschen Volkskörper" zu entfernen sei,
- in Indonesien erneut zu schweren Unruhen mit vielen Todesopfern/Verletzten gekommen ist, an deren Ende der Rücktritt des Suharto-Nachfolgers Bacharuddin Jusuf Habibie und die Entfernung des Militärs aus der Politik stehen sollten,
- fast wieder einen „Golf-Krieg" gegeben hätte, wo doch Mitte des Monats die US-amerikanischen B52- und B-1-Bomber schon unterwegs waren, aber durch das Einlenken des irakischen Regimes doch noch zurückbeordert werden konnten (Jetzt dürfen die Waffenkontrolleure der UN-Rüstungskontrollkommission [Unscom] wieder ins Land).

Das war selbstverständlich noch nicht alles, aber es reicht, um einen Eindruck davon zu gewinnen, wie sich postfordistische Akkumulationsregime bei der Aufrechterhaltung innerer und äußerer „Sicherheiten" gebärden.

Gäbe es eigentlich nichts mehr zu sagen, außer darauf hinzuweisen, daß ihr am 12.12.1998 alle zur „**LOVE your az PARADE**" kommen solltet, die um 15.00 Uhr am Bauhaus Heidelberg startet, die Januar-*Sabo* aus naheliegenden Gründen erst am 11.01.1999 erscheinen wird und wir im letzten Monat zwecks „freier Mitarbeit" an unserer Zeitschrift bereits erfolgversprechend auf ein paar Leute zugegangen sind.

Bis dann, kommt gut über die Dumme Pisse (24.12.) und laßt es krachen an Silvester.

Euer autonomes Redaktionskollektiv

KEIN TAG OHNE AUTONOMES ZENTRUM!

Die „Test Your AZ"-Besetzung des Alten Hallenbades

*In der Nacht zum 15.11.1998 hat das „*Unabhängige Komitee »Kein Tag ohne Autonomes Zentrum«*", das bereits vor einem Jahr die Okkupation des Alten Waisenhauses in der Plöck 24 organisiert hatte, das Alte Hallenbad in der Bergheimer Straße besetzt, um dort zusammen mit mehr als 350 Leuten für das Autonome Zentrum Heidelberg (AZ) zu tanzen und zu feiern - und damit „den Kampf des AZs für ein neues, gleichwertiges Gebäude tatkräftig zu unterstützen". Das AZ soll nämlich am 31.01.1999 endgültig seine Tore in der Alten Bergheimer Straße schließen, um Platz zu machen für Tiefgaragen, überteuerte Eigentumswohnungen und Einkaufspassagen. Deshalb haben AZ-SympathisantInnen vor geraumer Zeit die Kampagne „*Test Your AZ*" ins Leben gerufen, mit der der Öffentlichkeit folgende Tatsache vermittelt werden kann: Es wird solange vielfältiger Widerstand geleistet, es werden solange die unterschiedlichsten Orte auf ihre AZ-Kompatibilität hin getestet, „bis ein konkretes, vertraglich abgesichertes Gebäude ins neue, gleichwertige Domizil des Autonomen Zentrums verwandelt werden kann". Und dieser Kampagne wiederum hat sich mit der Hallenbad-Besetzung das „Komitee" angeschlossen - „damit die Parole* »Kein Tag ohne Autonomes Zentrum« *nicht länger nur eine Forderung bleibt, sondern reale Gestalt annimmt". Wir hatten - so wie letztes Jahr - ein paar Tage nach der (für enormen Medienrummel sorgenden) Aktion erneut die Gelegenheit, mit zwei Angehörigen des Komitees ein bißchen darüber zu plaudern. Dabei haben wir uns wie immer bemüht, Fragen zu vermeiden, die die Erstellung eines staatsschützerisch relevanten Szeneprofils und den verwertbaren Einblick in link(sradikal)e Strukturen ermöglichen könnten. Wir werden unsere InterviewpartnerInnen im folgenden - ebenfalls so wie letztes Jahr - Ernie und Berta nennen.*

-Sabotage

Sabotage: Wie ist die Besetzung konkret abgelaufen?

Ernie: Wir sind Punkt 12 mit ziemlich vielen Leuten von der Poststraße her ins Alte Hallenbad 'rein, haben in Minutenschnelle Getränkekästen, die Musikanlage, das Licht, einige Tische, eine Nebelmaschine und sonstiges Zeug 'reingebracht.

Berta: Ziemlich toll war, daß sich zu diesem Zweck sehr schnell spontan Menschenketten gebildet hatten. Dadurch ging das ganze Reingetrage unerwartet schnell.

E: Dann wurden zwei große Transpis aufgehängt, Plakate mit schönen Sprüchen an auffällige Orte geklebt und am Eingang Verhaltensflugblätter verteilt.

B: Ja, diese Flugis waren uns auch sehr wichtig; sie sollten keine Angst verbreiten, aber trotzdem auf Sachen hinweisen, die hätten passieren können. Also beispielsweise, daß es Streß mit Bullen geben, es zu Festnahmen kommen kann; daß es aufgrund der Unfallgefahren im Gebäude zu unvorhersehbaren Unannehmlichkeiten kommen kann.

E: Ja, wir hatten mehr als 320 von diesen

Dingern, auf denen auch die EA-Nummer stand oder darauf hingewiesen wurde, daß Sprayen oder derber Alkkonsum verboten ist. Am Schluß waren alle weg, es fehlten sogar noch welche.

B: Jedenfalls hat das Ganze nicht länger als zehn Minuten gedauert. Die Anlage war dann angeschlossen, die erste Durchsage gemacht - und los ging's.

S: Was habt ihr dann gemacht?

B: Wir haben drinnen und draußen alles „unter Kontrolle" gebracht. Der Schutz innen bestand aus zehn bis 15 Leuten, die sich darum gekümmert haben, daß offene Gänge „dichtgemacht" wurden, daß die Theke „stand", daß an den gefährlichen Stellen Licht war, daß das einzige Klo zugänglich war usw.

E: Ja, „Dichtmachen" hieß halt auch, dort, wo keine Gegenstände oder Menschen zur Verfügung standen, um die Leute am 'Rumlatschen zu hindern, dickes Gaffaband zu kleben; oder Holzbretter anzukarren, um sie auf größere Löcher zu legen. Und beim Licht mußten wir teilweise halt auch auf die gute alte Kerzenmethode zurückgreifen, was das Ganze dann noch gemütlicher gemacht hat. Auf die rutschige Treppe, die etwas steil zum Eingang führte, haben wir Kalk geschüttet. So konnte niemand mehr darauf ausrutschen.

B: Wir standen über mehrere Handies ständig in Kontakt zueinander, auch zum Schutz außen, der aus 40 bis 50 „gut gebauten" Menschen bestand, an denen vorbeizukommen nicht so leicht gewesen wäre. Und dann haben sich noch so viele Leute außer uns verantwortlich gefühlt, haben uns, wo's ging, geholfen. Klasse.

S: Und dann ging die „Party" los?

E: Jow, war echt saugeil, das Schwimmbekken dieses megakultigen Gebäudes diente als Tanzfläche - die Stimmung war vom Start weg ausgelassen. Am Anfang waren's 150 bis 200 Partygäste, und dann irgendwann so um die 350.

B: Viele kamen an diesem Abend zum ersten Mal in den „Genuß", auf einer „schiefen Ebene" 'rumzuhotten.

E: Wir hatten uns ja sehr viele Gebäude angeschaut, aber das Alte Hallenbad war das schönste von allen. Ein Jugendstilbad mit ganz ganz dicken Wänden, einer superschönen Kuppel, vielen sehr hohen Räumen.

B: Wir hatten fast schon ein schlechtes Gewissen, in so ein Teil 'reinzugehen, da womöglich irgendetwas zu Brei zu schlagen, und dann als die Schweine dazustehen, die sich an Baudenkmälern „vergreifen".

E: Deshalb war uns auch so wichtig, daß wir alles Erdenkliche unternehmen wollten, um eine Zerstörung oder den Ausbruch von Panik im Gebäude zu verhindern.

S: Wann ist dann eigentlich die Bullizei aufgetaucht?

E: Erst um 0:40 Uhr - also überraschend spät - kam ein Bulle vorbei, wahrscheinlich noch „zufällig" - er war nämlich nicht mehr in Uniform, anscheinend auf dem Nachhauseweg.

B: Der kam jedenfalls vorbei und wollte dann unverschämterweise 'rein, um sich den Schaden an der Tür, also das beim Eindringen kaputtgegangene Vorhängeschloß anzuschauen. Ihn hat vor allem interessiert: „Was ist kaputt?"

E: Um ihn hat sich dann eine 3er-Verhandlungsgruppe gekümmert, die wir - kurz nachdem wir drinnen gewesen sind - informiert hatten: Kommt mal vorbei, hier ist dieses und jenes gelaufen, wir hätten gerne Leute hier, die mit den Bullen labern.

B: Das waren drei Leute, von denen wir ausgingen: die sind bei den Heidelberger Repressionsorganen bekannt, die sind an der Aktion nicht beteiligt, die können als Vermittler zwischen uns und den OrdnungshüterInnen fungieren.

S: Was hat diese „Verhandlungsgruppe" unternommen?

B: Erstmal haben sie mit dem Bullen gelabert, ihn beschwichtigt, und ihm dann vorgeschlagen, mit uns Kontakt aufzunehmen, um Genaueres sagen zu können.

E: Sie waren ja quasi „Informationsübermittler", Infos von uns zu ihnen, Infos von ihnen zu uns, fertig.

B: Er wollte dann, daß jemand unseres und ihres Vertauens 'reingeht, um sich die Schäden anzuschauen. Wir haben der Verhandlungsgruppe gesagt, daß wir da keinen Bock drauf haben, das könne auch noch nach der Party gemacht werden.

E: Dann ging einer von ihnen so gegen 1:30 Uhr mit auf die Wache, hat dort in Absprache mit uns durchgekriegt: bis 4.00 Uhr darf die Fete ohne Bullenbelästigung durchgezogen werden, dann ziehen wir ab, hinterlassen alles sauber, und nichts passiert. Selbstverständlich hat er ihnen seine Personalien geben müssen.

B: Das war natürlich geil für uns, ohne Streß unser Teil durchziehen zu können, keine Kontrollen, Festnahmen, Beschlagnahmungen befürchten zu müssen, und wie geplant abziehen zu können.

S: Habt ihr mit einer anderen Vorgehensweise der Bullen beziehungsweise des Ordnungsamtes gerechnet?

E: Eigentlich schon, mit so 'ner Lockerheit hat niemand gerechnet.

B: Viele konnten es auch gar nicht einschätzen, klar, wir hatten vorher nahezu jede erdenkliche Situation durchgespielt, jede Vorgehensweise vorbesprochen. Zu erwarten war vielleicht, daß sie mit zwei bis drei Streifenwagen anrücken, die Lage abchecken und dann - je nachdem - Streß machen.

E: Aber damit, daß sie bei so vielen Leuten den Ausbruch von Panik riskieren, da durchs Gebäude robben und Verletzte und Sachbeschädigungen in Kauf nehmen - davon gingen dann doch die wenigsten aus. Die Eskalation wäre - anders, als was uns die Medien weismachen wollten -, auf jeden Fall von ihnen ausgegangen.

S: Anders als vor 13 Monaten (bei der Besetzung des leerstehenden Gebäudes in der Plöck 24) war das Interesse des Heidelberger Staatsschutzes an eurer Aktion diesmal nicht so groß. Kommen diese Herren und Frauen nachts nicht so leicht aus den Federn - oder war ihnen diese relativ kurze Besetzung zu „unpolitisch"?

E: Eher zweiteres, wobei das mit dem „politischen" so nicht ganz gesagt werden kann. Es war ja definitiv eine politische Aktion, aber dann doch auch irgendwie 'ne Party, 'ne Art unangemeldeter Rave, der irgendwann zu Ende ist, bis da „geduldet" werden kann, den viele Leute ziemlich gut unter Kontrolle haben.

B: Sie haben ja noch nicht mal Streß wegen der Lautstärke gemacht. Und es war ja auch sehr schnell klar, daß wir abziehen.

E: Und bei der Besetzung vor über 13 Monaten war das alles eben nicht klar. Außerdem nicht mehr als 350 Leute, und 'ne „reine" Besetzung mit allem, was dazugehört.

S: Wie ging es dann weiter?

B: Wir sind mit all den begeisterten Leuten bis 4.15 drin geblieben, haben dann die letzte Durchsage gemacht, haben alles ganz schnell aufgeräumt, Flaschen eingesammelt, Anlage, Licht zusammengepackt und sonst alles abgebaut, die letzten Leute rausgeschickt, und sind dann in größeren Menschengruppen abgezogen...

E: ...und haben dabei sehr viel Solidarität erfahren in Form von tatkräftiger Hilfe von Leuten, die gar nicht involviert waren, die's einfach nur klasse fanden das Ganze, und auch ihren Teil dazu beitragen wollten.

B: Am Schluß hätten sich die Leute fast um leere Kästen geschlagen, die wir noch wegbringen mußten. Das war echt geil.

E: Und selbst die noch in der Nacht stattfindende „Begehung" des Gebäudes durch Ordnungskräfte hat nichts anderes feststellen können als:

„Die haben das Alte Hallenbad sauber hinterlassen, nur das Vorhängeschloß ist kaputt." Das wurde dann auch in derselben Nacht repariert - von einem Sondereinsatzkommando der Feuerwehr.

300 „Autonome" feierten im Hallenbad

Heidelberg. (wit) Über 300 junge Leute besetzten in der Nacht zum Sonntag etwa vier Stunden lang das Alte Hallenbad in der Bergheimer Straße und feierten dort eine „Party". Das Ganze war eine Aktion des „Autonomen Zentrums", das zum 31. Januar des kommenden Jahres seine derzeitigen Räumlichkeiten im Heidelberger Stadtteil Bergheim verlassen muß und bisher kein neues Domizil von der Stadt bekommen hat. Die Polizei entschloß sich in Absprache mit dem Heidelberger Ordnungsamts-Leiter Heiner Bernhard dazu, nicht einzuschreiten. Gegen 4 Uhr morgens räumten die Jugendlichen schließlich das Feld, nachdem vorher von den Verantwortlichen des Autonomen Zentrums die Personalien aufgenommen worden waren.

Rhein-Neckar-Zeitung vom 16.11.1998

S: Habt ihr euer politisches Ziel mit der Besetzung erreicht?

B: Ja, was Presse, Öffentlichkeit angeht, auf jeden Fall.

E: Aber auch hinsichtlich unserer großen Mobilisierungsfähigkeit, zu zeigen, daß wir zur Unterstützung des AZ-Kampfes für ein neues Gebäude etwas so Großes durchziehen können, ohne daß sie's mitkriegen.

B: Dann bildete das Ganze ja den erfolgreichen Versuch, nach dem OB-Wahlkampf den Blick wieder direkt auf die Gebäudefrage zu richten, also, daß wir, wenn wir wollen, auch woanders können.

E: Außerdem hat sich diese BesetzerInnen-Party in der „Scene" so 'rumgesprochen, daß wir das nächste Mal mit noch mehr Leuten rechnen können.

Von seiten des AZ war die Aktion offensichtlich von langer Hand vorbereitet und eine sogenannte „Kommunikationsguerilla-Aktion", wie es in einem Flugblatt heißt. Den Gästen der Party wurde in einem weiteren sogenannten „Verhaltensflugblatt" sogar mitgeteilt, was sie zu tun hätten, falls die Polizei eingreifen würde. Ziel solcher „Kommunikationsguerilla-Aktionen", als die das AZ übrigens auch die OB-Kandidatur seines Kandidaten Peter Alexander Plattmann betrachtet, ist es anscheinend, die breite Öffentlichkeit zu erreichen – ein Ziel, das mit der Hallenbad-Disco offensichtlich erreicht wurde. Ein „Unabhängiges Komitee Kein Tag ohne Autonomes Zentrum", das die Besetzung des Alten Hallenbads organisiert hat, kündigte an, daß „ähnliche Aktionen solange stattfinden werden, bis die Zusagen der Stadt für ein neues Gebäude erfüllt sind".

Ausschnitt aus dem RNZ-Artikel vom 16.11.98

S: Wie haben euch die Artikel in der Rhein-Neckar-Zeitung gefallen?

B: Also erstmal war's ziemlich geil, überhaupt so viel Presse bekommen zu haben, obwohl es gar nicht „gekracht" hat in der Nacht. Meistens berichtet die bürgerliche Presse über solche Ereignisse ja nur, wenn's irgendwie batscht.

E: Auch wenn ein paar Sachen in dem „Autonome tanzten im Schwimmbecken"-Artikel schon ziemlich lustig waren, weil der Schreiberling vor allem im letzten Abschnitt wirklich alles durcheinandergebracht hat. Aus der Besetzung wurde dann plötzlich eine „Kommunikationsguerilla-Aktion". Bevor der das nächste Mal wieder so 'n Schund schreibt, sollte er vielleicht die „Bibel" zu diesem Thema durchlesen: das von der autonomen a.f.r.i.k.a. gruppe herausgegebene „Handbuch der Kommunikationsguerilla".

S: Wie seht ihr die Hallenbad-Besetzung in bezug auf die „Test Your AZ"-Kampagne?

B: Wir sehen sie als Teil eines Modells, das mit ihr angelaufen ist: wir besetzen solange Häuser, bis ein konkretes, vertraglich abgesichertes Gebäude zum neuen AZ wird.

E: Und andererseits haben wir damit jetzt schon zum Ausdruck gebracht: Hey, AZ, wir kämpfen für euch, und wenn's kein Angebot gibt, forcieren wir diesen Kampf.

B: Wir wollen auch weiterhin im AZ tanzen, feiern, zusammenkommen können - und nicht auf den Ziegler oder die Nachtschicht ausweichen müssen.

E: Aber jetzt warten wir's mal ab, die Stadt hat ja dann ein paar Tage nach der Besetzung Ver-

Altes Hallenbad besetzt

Am Samstag, dem 14.11.1998, besetzte gegen Mitternacht ein aus AZ-SympathisantInnen bestehendes „*Unabhängiges Komitee »Kein Tag ohne Autonomes Zentrum«*" für vier Stunden die Räumlichkeiten des seit Jahren stillgelegten Alten Hallenbades in der Bergheimer Straße.

Dort feierten mehr als 350 Menschen zusammen eine Party; das Schwimmbecken wurde zur Tanzfläche umfunktioniert; bekannte DJs brachten den Saal zum Kochen. Zahlreiche Sicherheitsmaßnahmen und ständige Durchsagen sorgten dafür, daß weder für Gebäude noch für Personen Gefahr bestand.

Mit dieser Aktion sollte der Kampf des Autonomen Zentrums für ein neues - gleichwertiges – Gebäude „tatkräftig unterstützt werden".

In Verhandlungen mit der Polizei wurde erreicht, daß die Besetzung ungestört bis zum vorgesehenen Zeitpunkt durchgeführt werden konnte.

Um 4.30 Uhr morgens wurde das Gebäude der Polizei in einwandfreiem Zustand übergeben.

Das Komitee kündigte an, daß ähnliche Aktionen unter dem Motto „*Test Your AZ*" solange stattfinden werden, bis die Zusagen der Stadt für ein neues Gebäude erfüllt sind.

Presseerklärung der Pressegruppe der AZ-Vollversammlung vom 15.11.1998

handlungsbereitschaft signalisiert. Mal sehen, was draus wird...

S: Wollt ihr nochwas sagen?

E: Ja, noch mal 'n Dank an alle, die geholfen haben, war sehr schön, ihr ward alle sehr diszipliniert - bis auf die Scherzkekse, die meinten, Niespulver verstreuen zu müssen. Grüße an all die Leute, die auf der Party waren und das Hallenbad noch kennen, als dort, wo wir getanzt haben, noch geschwommen wurde. Vor allem an den, der Tränen in den Augen hatte, als er uns erzählte, das Alte Hallenbad noch aus seiner Kindheit zu kennen...

B: ...und der jetzt meint, der Beate Weber einen Brief schreiben zu müssen, in dem er sie darum bittet, das AZ doch bitte nicht ersatzlos abreißen zu lassen.

E: Achja, und übrigens:
Heute ist nicht alle Tage,
wir kommen wieder, keine Frage!

S: Danke für das Gespräch.

[Anmerkung des Redaktionskollektivs: *Wie wir kurz vor Redaktionsschluß in Erfahrung bringen konnten, hat am 26.11.1998 ein zweistündiges Gespräch zwischen dem persönlichen Referenten der Oberbürgermeisterin/dem Leiter des Liegenschaftsamtes Heidelberg und vier Vertretern des Autonomen Zentrums stattgefunden. Dieses Gespräch hat den Aussagen der AZler zufolge keine fruchtbaren Ergebnisse hinsichtlich eines konkreten Gebäudeangebots gebracht. Im Klartext heißt dies, daß erstmal alles so beschissen bleibt, wie es ist, und alle, die ein neues AZ wollen, auch weiterhin dafür kämpfen müssen - mit welchen Mitteln (des Widerstands), bleibt dabei alleine ihnen überlassen.*]

Autonomes Zentrum ist und bleibt Autonomes Zentrum

In dem Artikel „*Autonome tanzten im Schwimmbecken*" (RNZ, Nr. 265, 16.11.98) wird die Besetzung des Alten Hallenbades in der Nacht zum 15.11.98 als eine Aktion des Autonomen Zentrums Heidelberg (AZ) dargestellt. **Dies ist falsch.** Die Aktion wurde vom „*Unabhängigen Komitee Kein Tag ohne Autonomes Zentrum*" organisiert und durchgeführt. Dementsprechend gab es von Seiten des AZ keine Verantwortlichen für diese Besetzung. Die Einzigen, deren Personalien in dieser Nacht festgestellt wurden, waren kurz nach der Besetzung vom Komitee angerufen worden, um gegebenfalls Vermittlungsfunktionen zu übernehmen. Sie waren nicht die „Verantwortlichen dieser Party". Trotzdem möchten wir an dieser Stelle betonen, daß wir uns mit dieser Pro-AZ-Aktion solidarisch erklären.

Weiterhin wird der Eindruck vermittelt, die Polizei hätte durch ihr „besonnenes" Verhalten eine „Eskalation verhindert". **Dieser Eindruck ist falsch.** Es bestand laut Aussagen des Komitees zu keinem Zeitpunkt die Gefahr einer Eskalation von Seiten der VeranstalterInnen. Insofern gab es keine zu „verhindernde Eskalation".

In dem Artikel „*Kein Strafantrag nach Hallenbadbesetzung*" (RNZ, Nr. 267, 18.11.98) wird Herbert Braun, der persönliche Referent der Oberbürgermeisterin, mit der Aussage zitiert, daß „die Mehrheit der Jugendlichen, die dort [im AZ] verkehren, mit Sicherheit nicht mit solchen mehr oder minder gewalttätigen Sachen einverstanden" seien. **Dies ist falsch.** Allein die Tatsache, daß über 300 Menschen begeistert an der Party teilnahmen, zeigt, daß sich die Mehrheit der BesucherInnen, die sonst auch ins AZ kommen, mit solchen Aktionen nicht nur einverstanden erklärt, sondern sie auch tatkräftig unterstützt. Im übrigen kann Herr Braun gerne ins AZ kommen, um dort seine Meinung zu verifizieren.

Herbert Braun behauptet weiter, daß das Autonome Zentrum „ja eigentlich gar kein autonomes Zentrum, sondern ein Treffpunkt von Jugendlichen ist". **Dies ist nicht ganz falsch.** Wir sind zwar auch ein gerne von Jugendlichen frequentierter Veranstaltungsort, aber in erster Linie sind wir ein politisches und gegenkulturelles Autonomes Zentrum. Und eben weil wir ein link(sradikal)es Autonomes Zentrum sind, kommen so viele Menschen ins AZ. „Autonom" bedeutet für uns, selbstverwaltet, ohne städtische Einflüsse und unentgeltlich Veranstaltungen zu organisieren, zu arbeiten, zu feiern und zusammenzukommen.

Pressegruppe der Vollversammlung des Autonomen Zentrums

— *antistaatlich/antikapitalistisch* —

Gegen EU- und G8- Gipfel in Köln

Im Juni 1999 werden in Köln zwei Gipfeltreffen stattfinden, am 5. Juni das der Europäischen Union und zwei Wochen später am 19. Juni der Weltwirtschaftsgipfel der G8 (der sieben größten Wirtschaftsmächte der Welt und Rußland). Bereits seit einigen Monaten laufen die Vorbereitungen für Gegen- und Protestaktionen während dieser zwei Wochen in Köln. Um auch Leuten, die daran bis jetzt noch nicht beteiligt waren, die Möglichkeit zu geben, aktiv zu werden, sei an dieser Stelle der jetztige Stand der Planungen vorgestellt.

Grundsätzlich gibt es im wesentlichen drei Strukturen, die teilweise zusammen arbeiten, teilweise auch eigene Aktionen starten werden. Darüber hinaus gibt es einige Aktivitäten von Gruppen, die zwar auch im selben zeitlichen Rahmen stattfinden werden, aber nicht an der gemeinsamen Koordinierung beteiligt sind.

Als erstes wäre das Kölner lokale Bündnis zu nennen, indem ein breitgefächertes Spektrum von Gruppen vertreten ist (von Gruppen aus dem autonomen und Antifagruppen über Studierenden- und Arbeitslosengruppen bis hin zu Parteien [Grüne und PDS]). Das lokale Bündnis beteiligt sich an der Arbeit der bundesweiten Bündnisse. Ein derartiges Bündnis ist selbstverständlich deswegen wichtig, weil die Kölner Gruppen die dortigen Verhältnisse am besten kennen und folglich auch an den konkreten Planungen stark beteiligt sein werden. Weiterhin gibt es ein bundesweites Bündnis von Nichtregierungsorganisationen und anderen Gruppen, das sich seit Frühjahr regelmäßig in der Antoniterkirche in Köln trifft (sog. Antoniterkirchentreffen). Mitarbeitende Gruppen sind u. a. WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung), medico international, fzs (Dachverband verschiedener Studierendenverbände), Euromarsch, GAJ und Jusos, PDS, Kein Mensch ist illegal, Play fair Europe. Dies ist ebenfalls ein sehr breit gefächertes Spektrum, sowohl von den Themen her als auch von der Position z. B. zur EU (die von Gruppen wie den Grünen nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern nur sozialer etc. gewünscht wird.)

Daneben gibt es als zweite bundesweite Struktur das linksradikale Bündnis mit Gruppen aus den Bereichen Antifa, Infoläden, Asten und anderen (zwischen denen u. a. ein minimaler Grundkonsens darüber besteht, die EU als ganzes abzulehnen). Diese Struktur wurde maßgeblich ins Leben gerufen (und teilweise dominiert) durch die Ökolinke. Es gab bis jetzt vier bundesweite Treffen mit einer steigenden Anzahl von Teilnehmenden; Mobilisierungsschwerpunkt sollen die Anti-EU-Aktivitäten sein, für den WWG wird allerdings auch mobilisiert...

Konkret geplant ist bisher folgendes: zum EU-Gipfel soll es am 5. Juni eine internationale Demonstration in der Kölner Innenstadt geben. Daran werden auch die verschiedenen Euromärsche teilnehmen, die bis zum 4. Juni aus verschiedenen Teilen Europas (bisher von Prag mit Fahrrädern, von Luxemburg mit dem Schiff und von Brüssel) nach Köln ziehen werden. Hauptforderungen der Euromärsche sind ein Mindesteinkommen für alle von 1500 DM und die europaweite gesetzliche Verankerung der 35 Stunden-Woche sowie Erwerbslosigkeit und Rassismus und die Zusammenhänge zwischen beiden. Auf der Demo in Köln sollen Leute aus verschiedenen Ländern sprechen. Geplant ist weiterhin ein Kulturprogramm danach. Unklar ist bis jetzt, ob sich

Wichtige Termine

12. Dezember, 17.00 Uhr, 3. Weltladen-Treffen in Halle

19. Dezember Nächstes Treffen des linksradikalen Bündnis in Köln

23./24. Januar 1999 Europäische Konferenz von Euromärschen in Köln

6. Februar 1999 Bundesweite Aktionskonferenz zur Anti-WWG-Demo

das linksradikale Bündnis dieser Demonstration anschließen oder in Absprache mit ihr eine eigene Demo veranstalten wird. Ferner wird es zum Thema EU einen Gegengipfel geben, der von Donnerstag (3. Juni) bis Sonntag oder Montag stattfinden soll. Die Organisationsgruppe besteht bis jetzt aus VertreterInnen von Grün-Alternativer Jugend, Jusos und fzs, die aber nur den Rahmen schaffen wollen, in dem dann andere Gruppen Arbeitsgemeinschaften anbieten können. Ob und wie weit sich das linksradikale Bündnis daran beteiligen wird, ist bis jetzt noch unklar.

Zum Weltwirtschaftsgipfel (WWG) wird es ebenfalls eine Demonstration und einen Gegengipfel geben. Zur Vorbereitung der Demonstration existiert ein Arbeitsausschuß, in dem ca. zehn Gruppen sitzen. Die Demonstration wird am 19. Juni stattfinden; geplant ist zur Mobilisierung und weiteren Diskussionen auch eine Aktionskonferenz am 06.02.1999. Der Gegengipfel wird in Form von vier Veranstaltungen vom 15.-18. Juni stattfinden; diese werden sich mit den Themenbereichen Arbeitslosigkeit - Migration/Rassismus - Verschuldung beschäftigen. Der erste „Teilkongreß" wird ein Illegalisiertenkongreß unter Beteiligung der französischen „sans papiers" unter Federführung von „Kein Mensch ist illegal" sein; der zweite Tag geht zum Thema „Zukunft der Arbeit" (medico international) und am dritte Tag stehen „Weltwirtschaftliche Alternativen" zur Debatte (WEED). Die Abschlußveranstaltung soll einen Querschnitt aus allen Themen bieten, im Fernsehen übertragen werden (!) und mit der Rede eines Nobelpreisträgers enden (!).

Zwischen den beiden Gipfeln soll es ein Camp geben, das von Gruppen aus dem linksradikalen Bündnis initiiert wurde, aber auch in erster Linie eine offene Struktur darstellen soll, in der Leute von außerhalb während der zwei Wochen schlafen und essen und vor allem aber auch miteinander reden und handeln können. Die Planungen sind hier allerdings noch ganz am Anfang, deswegen auch hier nochmal ein Aufruf, sich mit Ideen, Geld, Hilfeleistungen usw. an der Vorbereitung zu beteiligen.

Im Vorfeld vor allem der EU-Kampagne wird es am 23./24. Januar in Köln eine europaweite Konferenz der Euromärsche geben, zu der ca. 500-600 Leute erwartet werden. Von seiten der Nichtregierungsorganisation gibt es Pläne, ein hauptamtlich besetztes Büro auf die Beine zu stellen, das dann unter „Aufsicht" des Antoniterkirchentreffens einiges von der Organisation übernehmen könnte.

Von Gruppen, die nicht an den Bündnissen teilnehmen, gibt es u. a. folgende Planungen: People's Global Action, ein weltweiter Zusammenschluß von Basisgruppen, die den Kampf gegen die Welthandelsorganisation WTO und den Neoliberalismus auf ihre Fahnen geschrieben haben, plant für den Zeitraum Mitte Mai bis Mitte Juni etwas, das den Arbeitstitel „totally crazy project" trägt. Es handelt sich darum, daß 500 Mitglie-

Kontaktadressen

Für das linksradikale Bündnis:
ASTA-Antifareferat, Universitätsstr.16, 50937 Köln, Tel.: 0221/4702992

Für die AG Camp '99:
referat für internationales, ASTA der RWTH, Turmstr.3. 52072 Aachen
Tel.0241/82000, deo@asta.rwth-aachen.de

Für den EU-Gegengipfel und Peoples' Global Action:
Isabell Martin, fzs, Reuterstr.44 Bonn, Tel.: 0228/262119, fzs@studis.de

Für die Euromärsche:
Angela Klein, Bundesbüro Euromarsch c/o ALV Rosenthalerstr.13, 10119 Berlin, Tel. 030/4946276 oder 0221/9231196

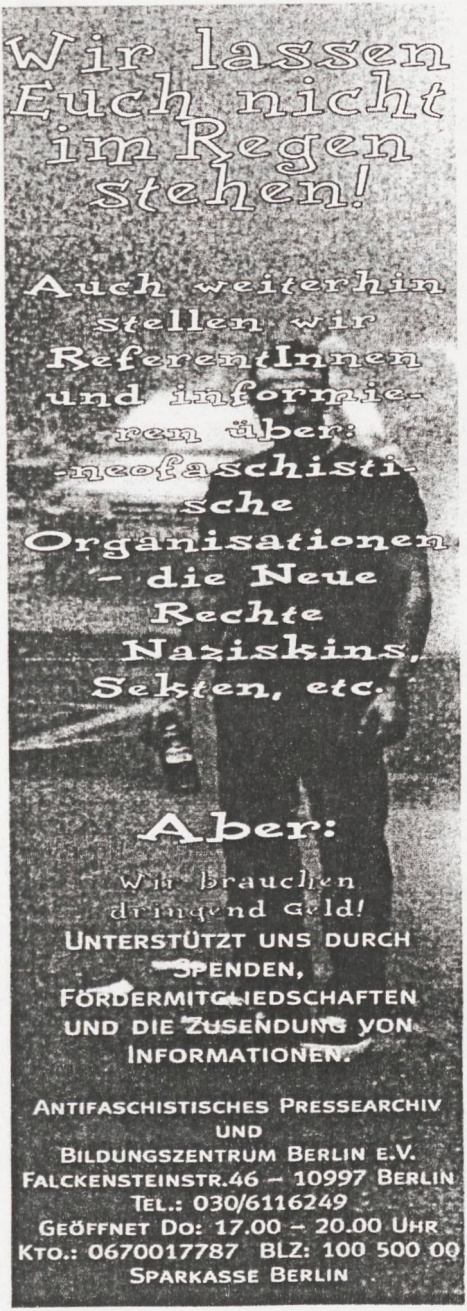
Für den Kongreß in Berlin:
Libertad, c/o 3.Welt-Haus, Westerbachstr.47/h3, 60489 Frankfurt, Kampagne@libertad.de
(Für den Kongreß wird auch dringend um Spenden gebeten an Libertad, Ökobank Frankfurt, BLZ 50090100, Ktonr. 10215811, Stichwort: Konferenzspende)

der einer indischen Kleinbauernorganisation eine Tour durch Europa unternehmen und dabei an verschiedenen Orten Protestaktionen gegen internationale Instiutionen (z. B. FAO in Rom, WTO in Genf etc.) unternehmen und im Rahmen dessen sich auch an den Protestaktionen zu den beiden Gipfeln in Köln beteiligen werden. Außerdem wollen sie auch AktivistInnen aus Europa treffen.

Am 18. Juni soll es einen weltweiten Aktionstag vor Einrichtungen geben, die eine Rolle im weltwirtschaftlichen Machtgefüge spielen (Konzerne, Wirtschaftsverbände etc.). Aufgerufen wird dazu von Reclaim the Streets, eine Aktionsform, die auf die Wiederbesetzung von öffentlichen Räumen durch selbstbestimmtes Handeln setzt; so wurden z. B. in Großbritannien und Deutschland schon verschiedentlich rauschende Parties auf belebten Verkehrskreuzungen abgehalten...

Erwähnt werden sollte auch noch ein internationaler Libertad-Kongreß, der unter dem Titel „*Befriedung oder Befreiung? Perspektiven internationaler Solidarität*" vom 1.-5. April 1999 in Berlin stattfinden soll. Dabei geht es (auch?) um die Situation politischer Gefangener; aufgerufen wird dazu von verschiedenen Gruppen weltweit (u. a. Baskenland, Türkei, Palästina, Italien). Die Organisationsgruppe in Deutschland ruft auch mit zu den Gegenaktivitäten in Köln auf; gleichzeitig besteht für deutsche Gruppen auch die Möglichkeit, ReferentInnen aus anderen Ländern einzuladen, um sich über die dortige Situation zu informieren.

C.

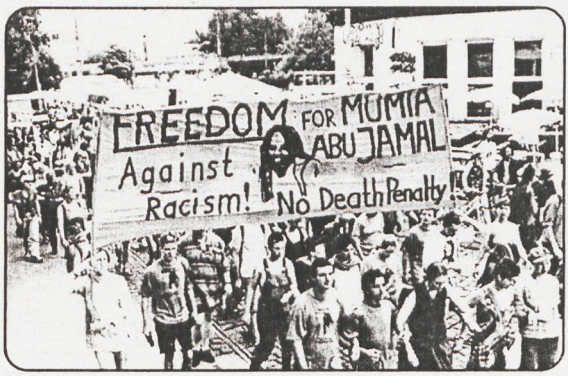


Mumia Abu-Jamal ist wieder aktuell von Hinrichtung bedroht!

Oberstes Gericht von Pennsylvania lehnt Berufungsantrag ab

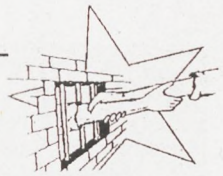
*Wiederholt hatten wir in der Vergangenheit über die jeweils aktuelle Situation des seit 1982 zum Tode verurteilten schwarzen BürgerInnenrechtlers Abu-Jamal berichtet. Immer wieder stand die Vollstrekkung der rassistisch motivierten Hinrichtung im Raume; und im August 1995 sah es sogar so aus, als sei der Tod Mumias unabwendbar. Nur das solidarische Handeln einer weltweiten, mit dem engagierten, von Len Weinglass geleiteten Anwaltsteam zusammenarbeitenden UnterstützerInnenbewegung konnte diese Auslöschung der „*Voice of the Voiceless*" im letzten Moment abwenden. Aber jetzt ist schon wieder ein Punkt erreicht, an dem es nicht mehr weiterzugehen scheint: Der Berufungsantrag ist abgelehnt worden! Aus diesem Anlaß hat es am 07.11.1998 BRD-weit Protestaktionen vor US-Einrichtungen gegeben. Im folgenden drucken wir den Text des Hamburger „*Solidaritätsbündnisses für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal*" ab, dessen Forderungen sich viele Gruppen angeschlossen haben - auch wir als Redaktionskollektiv. Im Anschluß daran findet ihr Adressen, an die ihr eure Protestschreiben schicken könnt. Außerdem hat das Bundestreffen der Mumia Abu-Jamal-Unterstützungskomitees aus Anlaß des Tages der Menschenrechte - und weil am 9. Dezember für Jamal das 18. Jahr seiner Haft beginnt -, für den 5.-12. Dezember 1998 zu bundesweiten Aktionstagen aufgerufen. Wir rufen dazu auf, sich in diesen Tagen durch Beteiligung an Veranstaltungen und anderen Aktivitäten sowie Unterschriftensammlungen und Protestfax- und -briefaktionen gegen die Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls, für die sofortige Wiederaufnahme des Verfahrens, für die Freilassung von Mumia Abu-Jamal und für die Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen. Leistet, in welcher Form auch immer, Widerstand gegen dieses rassistische Todesurteil!*
-Sabotage

» Das Oberste Gericht des US-Bundesstaates Pennsylvania hat den Berufungsantrag des zum Tode verurteilten schwarzen Journalisten und ehemaligen Black Panther Mumia Abu-Jamal am 29.10.1998 abgelehnt. Mumia Abu-Jamal war wegen eines angeblichen Polizistenmordes in einem manipulierten Verfahren 1982 in Philadelphia zum Tode verurteilt worden. Hunderttausende von Menschen in der ganzen Welt haben ebenso wie *amnesty international* in den vergangenen Jahren gegen seine Hinrichtung gekämpft.



Mumia Abu-Jamal wurde in einem rassistisch motivierten Verfahren, in welchem er keinerlei Chancen auf einen fairen Prozeß hatte, verurteilt, weil ihm unter anderem vorgeworfen wurde, Unterstützer der schwarzen Bewegung „Move" zu sein und in den 70er Jahren der radikalen Black Panther Party angehört zu haben.

Vor dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania kämpfte ein Anwaltsteam unter der Leitung des US-amerikanischen Bürgerrechtsanwalts Len Weinglass für eine Wiederaufnahme des Verfahrens von 1982. In erster Instanz war der Wiederaufnahmeantrag Mumia Abu-Jamals von demselben Richter abgelehnt worden, der den Skandalprozeß 1982 führte.



Die neuerliche Ablehnung der Berufung gegen dieses Urteil wird dazu führen, daß der Gouverneur von Pennsylvania, Thomas Ridge - wie bereits angekündigt - einen neuen Hinrichtungsbefehl unterschreiben wird. Schon einmal - im August 1995 - war die Hinrichtung festgesetzt und konnte nur durch das solidarische Handeln hunderttausender von Menschen weltweit verhindert werden.

Auch in der jetzigen Situation wird das Anwaltsteam einen Antrag auf Aufschiebung der Hinrichtung stellen, um so den Weg freizumachen, vor Bundesgerichten weitere Berufungsschritte einzuleiten. Eine Aussetzung des Hinrichtungstermins ist aber keinesfalls garantiert. Das Leben von Mumia Abu-Jamal ist unmittelbar bedroht.

Die Entscheidung des Obersten Gerichts von Pennsylvania und die zu erwartende Unterschrift des Gouverneurs unter einen neuen Hinrichtungsbefehl werden allgemein als politische Entscheidungen gewertet. Mumia Abu-Jamal hat den Haß der Herrschenden auf sich gezogen, da er als engagierter Journalist immer wieder gegen Rassismus und Polizeibrutalität gegen Nichtweiße in Philadelphia geschrieben hat. Auch aus der Todeszelle heraus kämpfte er weiter gegen Rassismus und die Todesstrafe. Dies ist einer der Gründe, warum die Herrschenden in den USA seinen Tod wollen.

Mumia Abu-Jamal schreibt am 31.10.1998 zu dem Urteil: *„Am 29. Oktober hat der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania ein kollektives Verbrechen begangen: Er hat den juristisch vorgeschriebenen Weg ignoriert, ein faires Verfahren abgewürgt und Gerechtigkeit mit Füßen getreten. Aber auch nach diesem juristischen Todesurteil - mit leichter Hand getroffen - bleibe ich unschuldig.“*

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!
Abschaffung der Todesstrafe!«

„Solidaritätsbündnis für die Freiheit von Mumia AbuJamal“

[**Anmerkung des Redaktionskollektivs**: *Wenn ihr auf dem laufenden gehalten werden wollt, dann könnt ihr euch an die* ***Kampagne Mumia Abu-Jamal • c/o Archiv `92 e.V. • Postfach 150323 • 28093 Bremen*** *• Tel.: 0421/354029 • Fax: 0421/353918 wenden; dort erhaltet ihr auch das „* ***Freedom Now!*** *Info-Bulletin“. Und dann gibt es da ja noch die Bücher von Mumia Abu-Jamal („* ...aus der Todeszelle“ *und „*Ich schreibe, um zu leben“*) und Len Weinglass („*Freiheit für Mumia! - Hintergründe eines Fehlurteils und juristische Fakten gegen einen drohenden Justizmord“*), die 1996 beziehungsweise 1997 bei folgendem Verlag erschienen sind: Atlantik-Verlag • Elsflether Str. 29 • 28219 Bremen • Tel.: 0421/382535 • Fax: 0421/382577.*]

Adressen für eure Protestschreiben:

Honorable John P. Flaherty Jr.
Justice Pennsylvania
Supreme Court
Six Gateway Centre, Suite 616
Pittsburgh
PA 15222, USA

Attorney General Janet Reno
Main Justice Building
10th & Constitution Ave.
Washington DC 20053, USA

Governor of Pennsylvania
Mr. Thomas Ridge
Main Capitol Building
Room 225
Harrisburg
PA 16652, USA
Fax: 07-1-717-783-4429

Honorable Ronald Castille
Justice Pennsylvania
Supreme Court
818 Market Street, Suite 3730
Philadelphia
PA 19103, USA

Das Autonome Zentrum im Dezember

immer noch **Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00**

1 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di, Do, So)** 20.00 Vokü und Kneipe mit den **„Drei Damen vom Grill"**	**18 Fr**	22.00 **FrauenLesben Disco**
2 Mi	19.30-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**	**19 Sa**	22.00 **Hits der 80er-Jahre-Disco** und **shut up and dance!** drum 'n' bass, dub, big beat mit den DJs **Hookaman**, **Danilo**, **Kenneth Starr** und **JJ Schnuffle Parker**
3 Do	20.00 Vokü und Kneipe mit der **Probeband** 22.00 **nighttime world:** Platten: O. Koehler, DJ Crisp / Live: Casio Casino & NeonTseTse	**20 So**	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-CREW: Advent-ure Night**
4 Fr	21.00 **Drum 'n' Bass-Party** im Keller: **Kaze** (basswerk rec. Köln), **Baghira, Walter B 38, MC Massiw Le Gaza** u. a.	**21 Mo**	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
5 Sa	20.00 VEB laut & lästig präsentiert: **DER GROSSE A WIE ABBA-CONTEST** Sieben Bands covern ABBA	**22 Di**	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di + So)** 20.00 Vokü und Kneipe der **Antifaschistischen Jugendaktion (AJA)**
6 So	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew** 21.00 **HereinspAZiert: DAS QUIZ IM AZ!** von und mit der **UnheilBar**	**23 Mi**	19.30-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
7 Mo	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Mo-Do, So)** **Frauen- und Lesbentag** 20.00 **MoMo** - die FrauenLesben-Vokü	**24 Do**	22.30 **„Weihnachten lauert überall":** LesBiSchwule Fete mit der **UnheilBar**
8 Di	20.00 Vokü und Kneipe	**25 Fr**	21.00 **Cave Dykes presenting: LesbenWeihnachtsdisco** für Weihnachtslesben (in der UnheilBar)

Di	20.00 Vokü und Kneipe	Fr	**Lesben Weihnachtsdisco** für Weihnachtslesben (in der UnheilBar)
9 Mi	19.30-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**	26 Sa	
10 Do	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **LaBuStra** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben	27 So	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-CREW: POST- Advent-ure Night**
11 Fr	22.00 „**Going Under Ground**": Drop Beat Grooves Disco (Independent, Alternative, Kreuz-Über) mit dem **DJ m&m**	28 Mo	**Frauen- und Lesbentag KNEIPE GESCHLOSSEN!**
12 Sa	15.00 **LOVE your az PARADE** am Bauhaus 21.00 **Ethno-Party** mit **ARNOLDT**, **Future Subjunkies** u. a. (& CocktailBar)	29 Di	20.00 Vokü und Kneipe mit dem **Rohrbeach**
13 So	11.00 **Frühstücken** mit der **UnheilBar** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-CREW: Advent-ure Night**	30 Mi	
14 Mo	**Frauen- und Lesbentag KNEIPE GESCHLOSSEN!**	31 Do	22.00 „**Neunundneunzig Luftballons**": Silvesterfete mit der **UnheilBar**
15 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di -Do, So)** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **Anti -AKW/Castor-Gruppe**		
16 Mi	19.30-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**		
17 Do	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **UnheilBar** 22.00 **nighttime world:** Platten: Neon Tse Tse & Sugar Shock / Live: Afoodnport (jazz, hd)		

Vokü (Essen zum Selbstkostenpreis): 3 - 4,- DM

Öffnungszeiten Tabula Rasa: 20.00 - 24.00

Dienstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Donnerstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Sonntag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Freitag & Samstag, bei Veranstaltungen Infoladen offen

Alle Veranstaltungen sind Veranstaltungen des Vereins Gegendruck

„Es lohnt sich, Widerstand zu leisten!"

Veranstaltung mit dem Résistance-Kämpfer Peter Gingold in Weinheim

Zu einer Veranstaltung *„Vergeßt uns nicht! 9. November 1938. Reichspogromnacht in Nazi-Deutschland - 9. November 1998. 60 Jahre später in Deutschland"* luden das *Antifaschistische Aktionsbündnis Weinheim*, die *Jugend Antifa Weinheim* sowie *Deutscher Gewerkschaftsbund* und *Friedensinitiative* am 16. November ins Weinheimer Rolf-Engelbrecht-Haus ein. Referent war der Widerstandskämpfer und Bundessprecher der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der AntifaschistInnen*, Peter Gingold, der bereits am Morgen in einer Weinheimer Schule den dortigen SchülerInnen von seinen Erfahrungen berichtet hatte.

Der jüdische Kommunist Peter Gingold konnte 1933 aus der Gestapo-Haft in Deutschland nach Frankreich fliehen. In Paris lernte er den 17jährigen polnischen Juden Herschel Grünspan kennen, der am 7. November 1938 als Reaktion auf die Verfolgung seiner Familie und als Signal gegen die antisemitische Hetze der Nazis den deutschen Botschafter in Paris erschießen wollte. In einer Verzweiflungstat schießt Grünspan jedoch auf den Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath, den Grünspan für den Botschafter hielt. Vom Rath erliegt zwei Tage später seinen Verletzungen. Diese Aktion war der Auslöser für das von den Nazis längst vorbereitete Pogrom. In der Nacht zum 10. November 1938 werden in ganz Nazi-Deutschland 117 Synagogen in Brand gesteckt, 7500 Geschäfte geplündert und demoliert, 20000 JüdInnen werden verhaftet, 10000 in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt - mindestens 91 JüdInnen werden ermordet.

Für den damals 22jährigen Peter Gingold und die anderen Flüchtlinge in Frankreich war jedoch das eigentlich Entsetzliche, das Hinnehmen des Pogroms, der „fehlende Aufschrei des Entsetzens" in der deutschen Bevölkerung. Die Gleichgültigkeit „war das Allerschrecklichste". Es ist unverständlich, wie am Tag nach dem Pogrom wieder zur Tagesordnung übergegangen wurde, als sei nichts geschehen; dabei kündigte bereits der Brandgeruch der Synagogen 55 Millionen Tote im Zweiten Weltkrieg an. Alle, die bereits vor 1933 vor der Kriegstreiberei Hitlers warnten, KommunistInnen, SozialdemokratInnen, AnarchistInnen und andere, wurden als „Spinner" abgetan - sie sollten jedoch recht behalten.

Die Frage, die Peter Gingold immer wieder auf Veranstaltungen gestellt bekommt lautet: „Wie konnte es soweit kommen?" Beantwortet wird sie von dem 82jährigen mit einer Parabel: Wird ein Frosch in kochendes Wasser geworfen, so springt er vor Schreck so schnell es geht wieder heraus. Wird ein Frosch jedoch in lauwarmes Wasser gesetzt und dieses ganz langsam erhitzt, so merkt der Frosch zuerst nicht, wie ihm geschieht. Er gewöhnt sich langsam an die immer höher werdende Temperatur. Das Wasser wird immer heißer. Wenn der Frosch merkt, daß es zu heiß ist, ist es für ihn zu spät zu entkommen - er wird zu Tode gekocht. Die Bevölkerung in Nazi-Deutschland wurde langsam an die anti-jüdischen Maßnahmen des NS-Staates herangeführt. Am Boykott gegen jüdische Geschäfte am 1. April 1933 beteiligten sich noch sehr wenige Menschen aus der Bevölkerung, viele gingen sogar an den aufgezogenen SA-Posten vorbei demonstrativ in die jüdischen Geschäfte zum Einkaufen. Die meisten lehnten den Boykott ab, woraufhin er von der NSDAP bereits am nächsten Tag abgeblasen wurde.

Herschel Grünspan

Im weiteren Verlauf der NS-Herrschaft wurden die Menschen immer mehr an anti-jüdische Maßnahmen gewöhnt. Der Antisemitismus wurde langsam wieder zur „Normalität in der Gesellschaft". Hetze und Propaganda von Streicher, Goebbels und Konsorten taten ihre Wirkung. Gegen die sogenannten Nürnberger Rassegesetze von 1935 gab es keinen nennenswerten Widerstand mehr - „Man hatte sich daran gewöhnt. Es gehörte einfach dazu."

„Wie konnte es soweit kommen?" „Diese Frage darf uns niemals loslassen", so schlägt Peter Gingold die Brücke zu heute. Vergleichbar mit der damaligen Situation der JüdInnen ist die Situation der Flüchtlinge heute. „Vergleichen darf man, aber nicht gleichsetzen!"

„An was hat man sich heute wieder gewöhnt?"

Peter Gingold fand, wie viele andere Verfolgte auch, Asyl in Frankreich - er wurde dort von Menschen versteckt, die selbst Angst hatten vor den Schergen des NS-Regimes. Für die französischen HelferInnen war es jedoch selbstverständlich, einem Flüchtling zu helfen. Heute regt sich kaum Widerstand, wenn ein Grundrecht, Artikel 16 Grundgesetz - das Grundrecht auf Asyl, faktisch abgeschafft wird. Dabei hatten gerade vom NS-Regime Verfolgte nach 1945 „leidenschaftlich darum gekämpft, daß dieser Artikel im Grundgesetz festgeschrieben wird". Gingold zitiert einen Freund, der zur Diskussion um das Holocaust-Denkmal in Berlin sagte: „Wir haben schon ein Holocaust-Denkmal; und das ist der Artikel 16 Grundgesetz." Inzwischen stimmen ehemalige „Grüne", namentlich der neue Bundesinnenminister Otto Schily, in den Schäuble-Kantherschen Chor mit ein und trällern eifrig das Liedchen vom „vollen Boot" („*Schily con Kanther*"). Damit wird wieder Benzin für die Molotow-Cocktails der NeofaschistInnen geliefert. 1720 Straftaten mit rassistischem oder faschistischem Hintergrund im letzten Jahr, das ist „nur" die offizielle Zahl. Allein im letzten Jahrzehnt starben in der BRD offiziell 180 Menschen durch rassistische/faschistische Straftaten. Wo steht das in der Zeitung? Wer regt sich in der breiten Bevölkerung darüber auf? Wer geht auf die Straße? „Man hat sich wieder an etwas gewöhnt." An alltäglichen Rassismus - den rassistischen Konsens in der BRD. An Auslandseinsätze der Bundeswehr. An Abschiebeterror und die „Festung Europa".

Hoffnung gibt es trotz der allgemeinen Entwicklungen in der BRD. Gerade Antifa-Gruppen oder Initiativen gegen Abschiebung werden von Peter Gingold positiv hervorgehoben. Die Aktionen zum 60. Jahrestag der Pogromnacht von 1938 - zum Beispiel die Demonstration am 9. November in Weinheim mit nahezu 400 TeilnehmerInnen - lassen ihn hoffen, daß erfolgreich gegen das Vergessen gewirkt werden kann. Vor allem die Aktionen der „Basis" sind wichtig, damit niemals ein Schlußstrich gezogen werden kann. Bislang wurde dies direkt nach 1945 versucht, es folgten der 50. Jahrestag der Befreiung vom NS-Faschismus 1995, der 50. Jahrestag und nun der 60. Jahrestag der Pogromnacht. Es ist nicht gelungen, die Geschichte einfach abzuhaken.

Vor der Gefahr der neuen Nazis warnte Gingold und nahm direkten Bezug auf den von antifaschistischen Kräften erfolgreich verhinderten Nazi-Aufmarsch in Heidelberg am 4. Juli 1998. Dem Faschismus muß immer und konsequent entgegengetreten werden. Die Geschichte darf sich nicht wiederholen. Heute wissen alle, wozu Faschismus führt, und das ist der große Unterschied zu 1933. Somit besteht eine gänzlich andere Ausgangssituation für antifaschistischen Widerstand. Der „Sumpf muß ausgetrocknet werden. Die Losung muß sein: Nie wieder Faschismus!"

Eine gelungene Veranstaltung mit einem Zeitzeugen, der sehr viel Interessantes zu erzählen hat. Eine Veranstaltung, die Mut macht und aufrüttelt. Wer die Gelegenheit hat, Peter Gingold zu sehen und ihm zuzuhören, mit ihm zu diskutieren, sollte dies tun.

„Es lohnt sich, Widerstand zu leisten! Immer dabeizubleiben!" Auch wenn immer mal wieder Leute aufhören und wegfallen, „der Kern muß bestehen bleiben."

Autonomes Redaktionskollektiv

[Gerade ist ein Buch erschienen, das sich mit der Geschichte der jüdischen Familie Gingold aus Frankfurt auseinandersetzt, die in der französischen Résistance gegen den deutschen Faschismus gekämpft hat:

Karl Heinz Jahnke: Sie haben nie aufgegeben. *Ettie und Peter Gingold - Widerstand in Frankreich und Deutschland*. Bonn: 1998, Pahl-Rugenstein, 256 Seiten, 36.,- DM]

Nazi-Aufmarsch in Bruchsal verhindert
Erfolgreiche antifaschistische Mobilisierung

Wie ihr dem Aufruf in der letzten *Sabotage* (11/98) entnehmen konntet, sollte am Samstag, den 7. November, also zwei Tage vor dem 60. Jahrestag der „Reichs"pogromnacht, in Bruchsal ein Fackelzug der faschistischen *„Nationaldemokratischen Partei Deutschlands"* (NPD) und deren Jugendorganisation *„Junge Nationaldemokraten"* (JN) stattfinden. Ziel der Nazi-Aktion sollte sein, auf den in der Bruchsaler Justizvollzugsanstalt einsitzenden ehemaligen Bundesvorsitzenden der NPD Günter Dekkert aufmerksam zu machen. Der 58jährige Weinheimer Nazi sitzt seit fast drei Jahren wegen Volksverhetzung und ähnlicher Delikte im Knast und stand vom 4. bis 20. November wieder einmal vor dem Mannheimer Landgericht. Dort ist er in einer Berufungsverhandlung zu vier Jahren und neun Monaten verurteilt worden, von denen er jedoch einen Teil bereits abgesessen hat.

Nachdem bereits im Jahre 1997 sowie am 21. März und 18. Juli 1998 Aufmärsche der NPD mit 120 bis 150 TeilnehmerInnen in Bruchsal durchgeführt wurden (siehe *Sabotage* 09/98), sollte diesmal der geplante Aufmarsch von antifaschistischen Kräften mit allen Mitteln verhindert werden. Mensch wollte sich nicht auf die Bruchsaler Stadtverwaltung verlassen, die die drei vorherigen Nazi-Aufmärsche weder verhindert noch die Öffentlichkeit darüber informiert hatte. Der Versuch der Stadt, Informationen über geplante Aktionen der Neofaschisten zu deckeln, schlug diesmal fehl. Fortschrittliche Kräfte erfuhren vorab den ungefähren Termin der NPD-Demonstration und konnten somit rechtzeitig gegen die Faschisten mobilisieren. Die Medien erfuhren ebenfalls rechtzeitig von dem Vorhaben der NPD und thematisierten die Situation in Bruchsal.

Nach einem juristischen Hick-Hack wurde ein Verbot des NPD-Fackelzuges durch die Stadt Bruchsal vom Mannheimer Verwaltungsgerichtshof dann am 6. November bestätigt, nachdem die NPD vorher vor das Verwaltungsgericht in Karlsruhe gezogen und bereits dort erfolglos geblieben war. Auffallend ist bei der Verbotsverfügung, daß sie sich auf die zeitliche Nähe der NPD-Demonstration zum 60. Jahrestag der „Reichs"pogromnacht stützt und sich des weiteren durch Formfehler der Nazis bei der Anmeldung des Fackelzuges begründet. Dem politischen Hintergrund, der faschistischen und rassistischen Propaganda eines solchen Aufmarsches, wird kein Wort gewidmet. Heißt das für die Zukunft, daß die NPD ihre Demonstrationen in Bruchsal

Fronttransparent der Demonstration

Günter Deckert 1998

wieder durchführen darf, wenn kein solcher Jahrestag in der Nähe ist und auch keine Formfehler vorhanden sind?

Am 7. November jedoch sollten zwei antifaschistische Veranstaltungen dem braunen Spuk gegenüberstehen. So demonstrierten auf einer Kundgebung eines lokalen Bruchsaler Bündnisses aus IG Metall, PDS, VVN/BdA und anderen Gruppen um 15.00 Uhr rund 150 Menschen gegen den geplanten Aufmarsch.

An diese eher bürgerliche Kundgebung schlossen sich eine Kundgebung und eine Demonstration des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar an, die zusammen mit der Bruchsaler PDS durchgeführt wurde. Zu der Demonstration riefen nahezu 30 antifaschistische Gruppen und Projekte auf. An der Kundgebung auf dem Rathausplatz nahmen rund 200 AntifaschistInnen und Autonome teil, die sich nach den Redebeiträgen von PDS, VVN/BdA, Antifaschistischer Jugendaktion Heidelberg sowie Autonomer Antifa Heidelberg zu einer Demonstration durch die Bruchsaler Innenstadt formierten. Unter dem Motto *„Den Nazis entschlossen entgegentreten!"* wurde in Bruchsal unmißverständlich verdeutlicht, wie antifaschistischer Widerstand aussehen muß. Die entschlossene - wenn auch zeitweise sehr leise - Demonstration zog etwa eine Dreiviertelstunde mit Parolen wie *„Bruchsal nicht in Nazihand - Kampf dem Faschismus in jedem Land!"* durch die Straßen und wurde am Auftaktort aufgelöst. Es wurde verdeutlicht, daß in Zukunft auch jedes weitere Auftreten der Nazis, in Bruchsal, von antifaschistischen Kräften mit allen Mitteln verhindert werden soll.

Autonomes Redaktionskollektiv

ARNie INFO EXPRESS

Infogrundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

- ★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
- ★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
- ★ mit großer regionaler Presseschau und den aktuellen Ansagen vom Garfield-Infotelefon
- ★ mit "Kurz & LINKS Bündig
- ★ Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
- ★ erscheint zum 15. jeden Monats - schließt die Informationslücke in der Monatsmitte

ARNie gibt es:

❑ für 4,- DM pro Ausgabe
❑ im Abo zzgl. 1,- DM Versand
❑ Soli-Abo für 60,-/?DM/ 10 Ausgaben

Briefmarken oder Scheine an:
ARNie; Postfach 1232; 69236 Neckarsteinach

Nichts ist vergessen und niemand!

Antifaschistische SchülerInnendemonstration in Weinheim

Wie bereits in der letzten *Sabotage* (11/98) angekündigt, wurde am Abend des 9. November in Weinheim eine antifaschistische Gedenkdemonstration zum 60. Jahrestag der „Reichs"pogromnacht durchgeführt. Organisiert wurde die Aktion von der neuen Jugend Antifa Weinheim mit Unterstützung verschiedener Weinheimer SchülerInnenmitverwaltungen, des Antifaschistischen Aktionsbündnis Weinheim sowie der Autonomen Antifa und der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg.

Nahezu 400 Menschen, überwiegend SchülerInnen, aber auch Menschen aus dem bürgerlichen Spektrum, fanden sich am 9. November am Eingang der Weinheimer FußgängerInnenzone ein, um unter der Losung *„Nichts ist vergessen und niemand! Gemeinsam Faschismus und Naziterror entgegentreten!"* an der Demonstration teilzunehmen. Schweigend bewegte sich der Zug durch die Weinheimer Innenstadt.

Am Standort der ehemaligen Synagoge, die in der Pogromnacht am frühen Morgen des 10. November 1938 von NS-Schergen gesprengt wurde, fand eine Zwischenkundgebung statt. Hier wurde der Opfer des faschistischen Terrors gedacht; an der Gedenktafel wurden rote Nelken niedergelegt. In einem kurzen, völlig planlosen Redebeitrag des Geschichts-LKs des Weinheimer Heisenberg-Gymnasiums wurde vor der Gefahr durch Neofaschisten gewarnt. Der frei gehaltene Beitrag fiel allerdings durch mehrere deplazierte Sätze auf, die sich der Redner durchaus hätte sparen können. So ging er zum Beispiel auf die Juden ein, die „im Ersten Weltkrieg für ihr Vaterland gekämpft hatten", und die dann nach 1933 von den Nationalsozialisten in die Konzentrationslager verschleppt wurden. Am 9. November den Begriff „Vaterland" in einen positiven Bezug zu setzen, indem diejenigen hervorgehoben werden, die für „ihr deutsches Vaterland" in einen imperialistischen Krieg gezogen sind, erscheint geradezu grotesk. Und was sollen wir aus dieser absurden Kontextualisierung schlußfolgern? Etwa, daß die Nazis vielleicht doch so gnädig hätten sein und zumindest diejenigen jüdischen Menschen hätten „verschonen" können, die zwei Jahrzehnte zuvor fürs „deutsche Vaterland" in den Krieg gezogen sind? Gerade an einem solchen Gedenktag ist es nicht angebracht, eine Rede, die über 400 interessierte Menschen zu hören bekommen, aufgrund einer Geschichtslehrerorder **frei** zu halten, sondern eher, diese vorher von anderen gegenlesen zu lassen, um solche Peinlichkeiten zu vermeiden -

Fronttransparent der Demonstration

und sie dann lieber **abzulesen**. Apropos Peinlichkeiten. Peinlich war auch, daß von einigen Anwesenden forciert wurde, die Fahnen mit dem Symbol der *Antifaschistischen Aktion* einzurollen, da die Demonstration schließlich eine SchülerInnendemo sei, und solche Fahnen hier nicht passend seien. Wenn schon Fahnen der *Antifaschistischen Aktion* nicht passend sind, welche dann? Und wenn - vermutlich aus Gründen der „Pietät" - gänzlich auf Fahnen verzichtet werden soll, so ist das bei einer Demonstration mit dem Untermotto *„Gemeinsam Faschismus und Naziterror entgegentreten!"* gänzlich unangebracht - schweigende Gedenkdemo hin oder her. In Zukunft sollte vorher angekündigt werden, ob Fahnen erwünscht sind oder nicht - selbstverständlich mit einer plausiblen Begründung und nicht mit Floskeln wie: *„Dahinten laufen Leute, die haben sich beschwert, daß vorne Leute mit Fahnen laufen."*

Am Marktplatz fand dann die Abschlußkundgebung statt, auf der - unter anderem von der *Autonomen Antifa Heidelberg* - Redebeiträge gegen das Vergessen gehalten wurden.

Am Rande der Abschlußkundgebung tauchten drei Faschoskins auf, die es jedoch angesichts der Masse von Menschen nicht wagten, auf irgendeine Weise direkt zu provozieren. Leider zogen sich die Glatzen unter den wachsamen Blicken der anwesenden PolizistInnen zurück, so daß es nicht möglich war, ihnen die Wirkungsweise antifaschistischer Selbsthilfe zu demonstrieren. So ging die Gedenkdemonstration gegen 19.00 Uhr ohne lästige Störungen zu Ende und hinterließ somit einen bleibenden Eindruck bei den TeilnehmerInnen, PassantInnen und BürgerInnen von Weinheim. Die Jugend Antifa Weinheim wertete die Aktion als vollen Erfolg, denn bereits ab 200 TeilnehmerInnen wollte die Gruppe von einem Erfolg sprechen. Viel besser kann es fast nicht laufen. Der neuen Gruppe bleibt nur zu sagen: Weiter so! Antifaschismus sollte erfolgreich sein!

Autonomes Redaktionskollektiv

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

SABOTAGE

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage
c/o Autonomes Zentrum,
Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg

LIEBE UND KRAFT FÜR HOLGER

Am 19.09.1998 hatte die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) zu ihrer „Wahlkampfabschlußveranstaltung" in Rostock-Lichtenhagen mobilisiert. Der Kundgebungsort Lichtenhagen wurde verboten. Hatte dort doch das *Sonnenblumenhaus*, in dem VietnamesInnen lebten, gebrannt - angezündet von Faschisten. Da dies dem Image der Stadt Rostock geschadet hätte, wurde die NPD-Veranstaltung in dem Rostocker Außenbezirk Dierkow erlaubt.

AntifaschistInnen mobilisierten bundesweit gegen diese Provokation von Faschisten, Verwaltung und Justiz. Im Gegensatz zu den Demonstrationen der AntifaschistInnen konnte die NPD-Kundgebung unter starkem Polizeischutz marschieren. Wie üblich in diesem Lande, wurden die Antifas eingekesselt und massiv daran gehindert, die Faschisten nach Hause zu schicken. Schon allein dieser Fakt ist Skandal genug. Wen wundert es da noch, daß sich irgendwann die Faschisten aufmachten, um ihrerseits anzugreifen, unter den Augen der Polizei, aber ungehindert von ihnen. Zwar konnten die Nazis von den Antifas zurückgeschlagen werden, aber einen „Erfolg" konnten sie doch verbuchen. Sie fuhren gezielt mit 80 km/h einen Antifaschisten um.

Als die Polizei sich endlich bequemte - auf Drängen unbeteiligter BürgerInnen -, zum Ort des Geschehens zu kommen, verweigerten sie vorerst Erste Hilfe-Maßnahmen mit den Worten: *„Stell dich nicht so an, das ist doch nicht dein Blut"*. Zu diesem Zeitpunkt lag Holger schon im Koma, das Blut stammte unter anderem von Kopfverletzungen. Holger wurde noch im Rettungswagen notoperiert.

Er brauchte drei Wochen, um aus dem Koma zu erwachen. Seitdem versucht er wieder mühsam, sich bewegen, sprechen und sich erinnern zu lernen. Es ist noch immer fraglich, wann und ob Holger wieder selbständig leben kann.

Bis zu diesem Mordversuch lebte Holger im Bauwagen im Wendland, ist aktiv im Anti-AKW-Widerstand, im bundesweiten Zusammenhang der Ya-Basta-Gruppen, hat die Karawane gegen das M.A.I. und gegen die WTO nach Genf mitorganisiert und ist - klar - Antifaschist.

In absehbarer Zeit wird der Prozeß gegen den Fahrer - nicht gegen die anderen Faschos im Fahrzeug - anfangen. Die Polizei ermittelt wegen eines Verkehrsdeliktes; da der Fahrer 20 Jahre alt ist, liegt es im Ermessen des Gerichts, das Jugendstrafrecht anzuwenden. Falls es überhaupt zu einer Verurteilung kommt, kann diese Tatsache das Strafmaß erheblich senken; außerdem kann der Prozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden.

Wir als bundesweiter Ya-Basta-Zusammenhang und Holgers Freunde haben beschlossen, den Prozeß zu begleiten und die Öffentlichkeit auf dem laufenden zu halten. In der Hoffnung, Ihr lauft auch mit! Unter anderem zur Bank. Klar, daß wir Geld brauchen für: Anwaltskosten, Reha-Unterstützung, und außerdem wollen wir sicherstellen, daß Holger in dieser schwierigen Phase nie alleine ist - das haben wir bisher auch geschafft. Was Holger braucht, soll er kriegen. Es ist schon ein bißchen was zusammen gekommen, aber im Moment läßt es nach. Deshalb: seht mal zu, daß Ihr in die Gänge kommt.

FreundInnen und
UnterstützerInnen von Holger

Kontakt:
W.I.R.
c/o Exzess
Leipziger Straße 91
60487 Frankfurt

Spendenkonto:
ABRAXAS, Stichwort „Holger"
Kontonummer: 2219988, BLZ: 25851335
Kreissparkasse Lüchow-Dannenberg

Den rassistischen Brandanschlag von 1988 niemals vergessen!

Vor 10 Jahren ermordete ein Kader der NF vier Menschen

Vor kurzem erreichte uns ein Aufruf des Bündnis gegen Rechts *Schwandorf zu einer Demonstration am 19. Dezember. Der Brandanschlag von Schwandorf war - vier Jahre vor Mölln - der zweite eindeutig rassistische Mordanschlag in der BRD. Im folgenden dokumentieren wir Teile des Aufruftextes, den wir jedoch um einige Fakten zur Tat von 1988 erweitert haben.*

Am 17.12.1988 legte der stadtbekannte, damals 19jährige Faschist Josef Saller in einem Haus im Zentrum Schwandorfs Feuer, weil dort Türkinnen und Türken lebten. Vier der 16 BewohnerInnen fanden nachts in den Flammen den Tod.

Zehn Jahre danach soll des türkischen Ehepaares Fatma und Osman Can, ihres zwölfjährigen Sohnes Mehmet und Jürgen Hübener, Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei, gedacht werden, die damals bis zur Unkenntlichkeit verbrannten. Doch die Opfer fremdenfeindlicher und rassistischer Gewalttaten werden in Bayern schlichtweg ignoriert. So klammerte Bayerns jetziger Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) 1993 den Brandanschlag schlichtweg aus: „Glücklicherweise waren im Freistaat bisher keine Todesopfer zu beklagen."

Bereits kurz nach dem Brandanschlag wird die Tat heruntergespielt. Der Oberbürgermeister von Schwandorf Hans Kraus (CSU) spricht von einem „einfach (...) irregeleitete(n) Straftäter". Die Bullen schließen Brandstiftung zwar nicht aus, dementieren aber sofort und vehement Meldungen, nach denen es sich um einen politisch motivierten Anschlag handeln solle. Am 5. Januar 1989 legt Josef Saller jedoch ein Geständnis ab - jetzt kann die Polizei nicht mehr dementieren. Sie spricht nun aber vom „Einzeltäter" Saller. Für die Ermittlungsbehörden steht fest, daß „an dem Verbrechen kein zweiter Täter beteiligt war" und „auch keine rechtsradikale Gruppierung im Hintergrund mitwisserisch oder anstifterisch tätig war".

Davon, daß der Neonazi plante, in der Oberpfalz rechte Skinheads in einer „Wehrsportgruppe" auszubilden, war nie die Rede. In Schwandorf war Saller an Aktionen der Naziszene gegen GegnerInnen der nahegelegenen geplanten Wiederaufbereitungsanlage (WAA) Wackersdorf beteiligt. Der Brandstifter gehörte zur Führungsebene der inzwischen verbotenen Neonazipartei „Nationalistische Front" (NF), sechs Tage vor der Tat hatte er noch am Bundesparteitag der NF in Bielefeld teilgenommen. Saller pflegte Kontakte zur „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) sowie zur - nach wie vor sehr aktiven - „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD). Nach seiner Verhaftung taucht Josef Saller auf der Liste der „nationalen Gefangenen" in der NSDAP/AO- Zeitung „NS-Kampfruf" auf. Die Skinzines „Querschläger" und „Frontal" zitieren den Täter aus der Haft heraus mit den Worten, sein „größter persönlicher Wunsch" sei ein „besatzer- und ausländerfreies Deutschland in germanisch-preußischer Tradition in den Grenzen von 1938, ein Europa ohne Neger, Rote und Hakennasen" und „vor allem, daß sich der Nationalsozialismus wieder durchsetzt".

Das Amberger Landgericht übernimmt die Bullenversion vom „Einzeltäter" und klammert die politische Gesinnung des Täters im Urteil vollkommen aus. Josef Saller wird vom Landgericht Amberg nicht wegen Mordes, sondern lediglich wegen besonders schwerer Brandstiftung zu zwölf Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt.

Demonstration in Schwandorf
„Den rassistischen Brandanschlag von 1988 niemals vergessen!" am **19.12.1998**
Treffpunkt: **15.00 Uhr, Marktplatz**

An den rassistischen Brandanschlag von 1988 soll nach dem Willen der Stadt nichts erinnern. Auf dem kleinen Grünstreifen vor dem ehemaligen Habermeier-Haus wurde statt eines Mahnmals eine Telefonzelle aufgestellt. Jetzt zum zehnten Jahrestag des vierfachen Mordes soll in Schwandorf von antifaschistischen, fortschrittlichen und bürgerlichen Gruppen ein Mahnmal errichtet werden, zu dem sich die Stadt Schwandorf in zehn Jahren nicht hat durchringen können.

Gleiche politische und soziale Rechte
für alle hier lebenden Menschen
Dem Neofaschismus entgegentreten!

Autonomes Redaktionskollektiv

Was sie schon immer über die Gendatei wissen wollten

Hier nun der dritte (leicht gekürzte) Teil der Reihe „Was sie schon immer über ... wissen wollten" der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg (AJA). Diesmal geht es um den von den Massenmedien hysterisch aufgeladenen Versuch der bundesrepublikanischen Repressionsorgane, über das Anlegen und Speichern menschlichen DNA-Materials (in einer zentralen „Gendatei") die „präventive Verbrechensbekämpfung zu verbessern". In diesem Zusammenhang sorgte in letzter Zeit vor allem die „genetische Rasterfahndung" für Furore, mit deren Hilfe ein Sexualmörder identifiziert werden konnte, der zu Beginn des Jahres in der niedersächsischen Region Cloppenburg ein elfjähriges Mädchen vergewaltigt und getötet hatte. Dabei war es unter polizeistaatlicher Umkehrung des Verfassungsgrundsatzes der Unschuldsvermutung zur größten Massen-Gen-Untersuchung in der deutschen Kriminalgeschichte gekommen. - Sabotage

Im Rahmen der Datenerfassung zur strafrechtlichen Verfolgung ist am 17. 4. 1998 eine Anordnung ... zum Aufbau einer zentralen Gendatei beim Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden erfolgt. Was bedeutet die Errichtung einer solchen Gendatei? In einer Gendatei wird menschliches DNA-Material analysiert und gespeichert, um - wie führende PolitikerInnen behaupten - damit die präventive Verbrechensbekämpfung zu verbessern. Bereits winzige Hautpartikel, die z. B. beim Berühren von Gegenständen haften bleiben, aber auch Haare, Blut-, Speichel- und Samenspuren reichen aus, um daraus die DNA zu isolieren und auf Röntgenfilm sichtbar zu machen. Diese Filmabzüge, genannt DNA-Fingerprinting, können dann problemlos mit anderen Filmabzügen aus bereits vorhandenen VerbrecherInnenkarteien verglichen werden, und so kann mit fast 100%iger Sicherheit einE TäterIn identifiziert werden.

Um eine möglichst umfassende Datensammlung zu erstellen, bleibt die Datei auch nicht, wie jetzt noch teilweise in der Presse behauptet wird, auf SexualstraftäterInnen beschränkt, sondern wird Schritt für Schritt ausgeweitet, erst auf EinbrecherInnen, dann bald auf jedeN LadendiebIn usw. Der bayerische Justizminister Hermann Leeb wünscht sich den Genabdruck bereits bei jeder erkennungsdienstlichen Behandlung (ED-Behandlung). Diese kann bereits bei leichten Delikten angeordnet werden und beinhaltet die Registrierung von Fingerabdrücken, Fotos, äußerlichen Merkmalen wie z. B. Größe sowie die Einspeisung dieser Daten in einen zentralen Computer. In der Anordnung zur Errichtung der Gendatei ist keine Rede von einer Beschränkung auf SexualstraftäterInnen, sondern der genetische Fingerabdruck ist unabhängig von der Straftat, bereits ab einer Verurteilung zu einem Jahr Haft erlaubt. Durch eine schrittweise Ausweitung des Personenkreises, der erfaßt werden darf, sowie durch eine sehr eigenmächtige Polizeipraxis, bei der auch ohne gesetzliche Grundlage Genanalysen gespeichert werden, wird im Laufe der Zeit jedeR in der Datei erfaßt sein.

Durch die Gendatei wird die Freiheit und der Datenschutz der/des Einzelnen zum scheinbaren Schutze der Allgemeinheit geopfert, während nach den Ursachen für Kriminalität jedoch nicht gefragt werden darf. Unzweifelhaft ist aber, daß wirtschaftliche Not und Kriminalität untrennbar miteinander verbunden sind. Statt also die wirtschaftlichen Probleme zu lösen, werden verschärfte Repressionsinstrumente aufgefahren und damit die Verhältnisse stabilisiert. Tatsächlich ist der Staat keineswegs dazu bereit, sich damit auseinanderzusetzen, wie eine wirkliche Lösung der sozialen Probleme gefunden werden könnte. Denn eine solche Lösung würde unweigerlich eine Um-

strukturierung des wirtschaftlichen Systems voraussetzen, welche jedoch im Widerspruch zu den Interessen der Machthabenden steht. Anstatt für bestehende Probleme Abhilfe zu schaffen, werden Feindbilder ... produziert und für die sozialen Probleme verantwortlich gemacht. Der Ausbau verschärfter Polizei - und Überwachungsmethoden wird dann mit einer Bekämpfung dieser angeblichen Gefahren legitimiert, tatsächlich aber soll er zur Stabilisierung des herrschenden Systems und zur Unterdrückung potentieller sozialer Bewegungen dienen.

Der Aufbau von Gendateien reiht sich so nahtlos in die zahlreichen kleinen Schritte zum Ausbau eines Polizei- und Überwachungsstaats ein, ... Denn die zentrale Erfassung menschlicher Datensätze findet nicht unter gerichtlicher, sondern unter polizeilicher Aufsicht statt: die Daten werden nicht beim Bundeszentralregister, das dem Generalbundesanwalt untersteht, sondern beim BKA Wiesbaden, also bei der Polizei, gespeichert. Schritt für Schritt wird eine zunehmende Verdatung und totale Durchleuchtung der Menschen angestrebt. [Vielleicht] ist es in 10-20 Jahren ... schon möglich, das äußere Erscheinungsbild anhand der Gene festzustellen und so ein genanalytisches Charaktergutachten zu erstellen. Deshalb existiert ja auch die Forderung, die Proben aufzuheben und nicht zu vernichten, damit eine Aktualisierung an die technischen Neuheiten jederzeit möglich ist. Doch bisher ist nur eine Speicherung eines Bruchteils an Informationen aus der DNA erlaubt. In nächster Zukunft werden vielleicht wie in den USA auch hier Psychogramme (sogenannte „crime profiler") von Menschen erstellt werden, mittels derer ein immer klareres und gläserneres Menschenbild gezeichnet werden kann.

Während die Wirtschaftskriminalität von der Gendatei nicht betroffen ist, wird es für Kleinkriminelle und politisch aktive Menschen um einiges schwieriger sein, das herrschende Recht zu übertreten, denn durch diese umfangreiche Datensammlung kann dann fast jede Spur zugeordnet werden. Damit wird jedeR dem Rechtssystem hier verstärkt ausgeliefert sein; einem System, das die momentanen Ausbeutungsverhältnisse schützt und erhält.

Gesetze werden willkürlich gemacht, da es keine wirklich demokratischen Mittel gibt, die über ein Kreuzchen alle vier Jahre hinaus gehen. Demonstrationen interessieren nicht oder werden unterdrückt und an den Rand gedrängt. Wahlen stellen keine Wahl dar, denn es gibt faktisch nur winzige Nuancen zwischen den zur Wahl Stehenden.

Auch die Zweidrittelmehrheit, die für eine Grundgesetzänderung notwendig ist, ist längst keine Hürde mehr, denn faktisch gibt es keine Opposition. Seit seiner Einführung und besonders in den letzten Jahren wurde das Grundgesetz, das ... ewig währen soll, etliche Male verändert und damit ausgehöhlt. Die Abschaffung des Asylrechts, die Abschaffung der Wohnung als privater Raum - all dies sind Etappen einer schrittweisen Entsorgung bürgerlicher Minimalrechte. Genauso kann auch das Strafrecht beliebig verändert werden, ohne daß es jemand merkt bzw. jemanden stört.

Dieser sogenannten Demokratie also derartige Machtinstrumente zu gewähren, die zur völligen Kontrolle der Bevölkerung führen, bedeutet, daß wir dem Staatsapparat immer mehr ausgeliefert sind und immer weniger über unser Leben bestimmen können.

Obwohl die aktuellen Gesetzesverschärfungen also undemokratisch sind und nur einer kleinen Elite aus Politik und Wirtschaft nutzen, werden diese ironischerweise von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung befürwortet. Diese steht der Einführung von Gendateien nämlich sehr unkritisch gegenüber: Nach einer Emnid - Umfrage ... antworteten 90 % der Befragten auf die Frage, ob sie eine Gendatei bei SexualstraftäterInnen sinnvoll fänden, mit „ja". Nur 37 % sahen darin eine weiteren Schritt in Richtung Überwachungsstaat (vgl. *Spiegel* Nr.17/1998).

Die große Akzeptanz seitens der Bevölkerung gegenüber diesen Maßnahmen spiegelt sich auch in der regen Teilnahme an den Genuntersuchungen im Rahmen des Mordes an Christina Nytsch wider. Zwei Drittel der männlichen Bevölkerung [in dieser Region (nämlich über 16000 Männer), Anm. d. Red.] gaben ihren Speichel ab!

Auch die Medien wirken unterstützend in diesem Prozeß, da sie Tendenzen schüren und untermauern und so mit zu der starken Akzeptanz des sich abzeichnenden Polizeistaats beitragen. Sie machen kräftig Propaganda für den Einsatz von Gendateien in der Strafverfolgung. Immer wieder werden Beispiele für erfolgreiche Ermittlungen aufgrund von Gendateien publiziert und gleichzeitig emotionale Stimmungsmache gegen Kriminelle und für einen Ausbau des Sicherheitsstaats gemacht. Durch diese sehr einseitige Berichterstattung werden Gefahren und Hintergründe bewußt außer acht gelassen.

Eine gesetzliche Grundlage für die Einführung der Gendatei gibt es nicht, obwohl einige Entwürfe existieren. Mitte März kündigte das Bundesjustizministerium (BJM) eine Erweiterung des Strafverfahrensänderungsgesetzes an. Tatsächlich wird jedoch die Erhebung eines „genetischen Fingerabdrucks" und die Identifikation von StraftäterInnen mittels diesem in Einzelfällen schon seit längerem praktiziert. Die Verfassungsbeschwerde eines Münchners, der im Rahmen einer Untersuchung zur Verbrechensaufklärung zur Abgabe seines Speichels gezwungen wurde, blieb ohne Erfolg. 1996 wurde durch die Änderung des Strafverfahrensgesetzes die Anwendung des DNA-Verfahrens vom Bundestag zugelassen, ...

Doch die Gendatei ist nur einer von vielen Schritten eines grundlegenden Wandels des Strafrechts: Erstens wurde früher als Reaktion auf eine Straftat nach der/m VerursacherIn gesucht, werden jetzt immer mehr präventive Maßnahmen zur gezielten „Verbrechensbekämpfung" getroffen, wie z. B. Überwachungsmethoden, das Anlegen von Karteien, häufige verdachtsunabhängige Personenkontrollen auf der Straße und anderes. Zweitens wird eine gezielte Ausgrenzung einmal straffällig Gewordener durch psychiatrische Heime, erschwerte Entlassung, härtere Urteile etc. praktiziert.

Diese aktive, vorbeugende Verbrechensbekämpfung macht den Staat zu einem Akteur, der gezielt gegen Feindbilder vorgeht.

Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg

Die Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg (AJA) ist eine Gruppe junger Menschen (15-26 Jahre). WelcheR Interesse hat, kann jederzeit bei ihnen vorbeischauen. Sie treffen sich jeden Donnerstag um 19.00 Uhr im Autonomen Zentrum, Alte Bergheimer Straße 7a (Tel.: 0 62 21/ 18 12 00)

[**Anmerkung des Redaktionskollektivs**: *Ende November ist die neueste Ausgabe der* **WUT**, *der Zeitung der AJA, erschienen. In diesem achtseitigen Heftchen setzen sie sich auf einem vornehmlich an SchülerInnen orientierten Niveau mit folgenden Themen auseinander:* „Aktuelle Situation des AZ HD", „I. G. Farben", „Die Wahl Schröders", „Nazis und Anschläge in der Umgebung". *Diese empfehlenswerte Zeitung ist umsonst und gibt es überall dort, wo auch Leute der AJA anzutreffen sind. Macht weiter so.*]

Demos & Veranstaltungen

Sa. 05.12.
Konzert im AZ — **20.00**

A wie ABBA-Contest im Autonomen Zentrum Heidelberg (AZ)

Wenn es überhaupt irgendwelche „Götter" des POPs gibt, dann haben zweifellos ABBA diesen Titel verdient. Kaum eine andere Band hatte so viele HITs in so kurzer Zeit - weltweit!

Grund genug für uns, am göttlichen Lack zu kratzen...

A wie ABBA

Das heißt, sieben verschiedene Bands der unterschiedlichsten Stilrichtungen covern unvergeßliche ABBA-Klassiker. Das hochverehrte Publikum wählt danach die optisch und akustisch interessantesten InterpretInnen.

Durch das bunte Programm führen der aus Funk und Fernsehen bekannte Schriftsteller, Medienmogul, Kosmopolit und Punkrocker Klaus N. Frick und seine charmante Assistentin.

Vor und nach den Live-Darbietungen gibt es noch viel Musik (mit den DJ's „Disco Inferno") und einiges mehr...

Veranstaltet vom VEB laut & lästig

Sa. 05.12.
Disco in Suttgart — **22.30**

BASS RIOT der Antifaschistischen Aktion im Intergalactica Stuttgart

Große Ragga-Dancehall mit dem **BLESSED LOVE SOUND SYSTEM** und HipHop mit den DJs **HANK** und **EMILIO**

Beginn: 22.30 Uhr, Intergalactica, Willy-Brandt-Straße 47 (U-Bahn Neckartor), Stuttgart

Veranstaltungsreihe des Eine Welt Zentrums (EWZ) zur Menschenrechtssituation in der BRD

»Eine kritische Betrachtung der Menschenrechtssituation findet hierzulande ausschließlich mit dem Blick auf andere, nichteuropäische Länder statt, Systematische Menschenrechtsverletzungen scheint es per definitionem in den westlichen parlamentarischen Demokratien nicht zu geben: Übergriffe staatlicher Organe, Tote bei Abschiebungen, rassistische Gewalt etc. gelten grundsätzlich als Einzelfälle, als Entgleisungen. Zudem wird die Betrachtung verkürzt auf die bürgerlichen Rechte, die universellen sozialen Menschenrechte werden ausgeklammert. Anhand zweier Themenbereiche soll auf zwei Veranstaltungen gezeigt werden, daß es sehr wohl auch in Deutschland systematische Verletzungen von Menschenrechten gibt:«

Fr. 11.12
Veranstaltung im KaBa — **20.00 Uhr**

Veranstaltung im Karlstorbahnhof Heidelberg zum Thema *„Diskriminierung ethnischer Minderheiten, Ausländerrecht und die Verhinderung von Asyl"*

»Massive Menschenrechtsverletzungen bedeuten die vielfältigen rechtlichen und politischen Benachteiligungen der hier lebenden ethnischen Minderheiten (Einwanderer, die zum Teil seit drei Jahrzehnten hier leben), in der Behandlung von Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Hunger in ihrer Heimat fliehen mußten und der vielfältigen Gewalt von staatlicher und nichtstaat-

licher Seite, denen Nichtdeutsche ausgesetzt sind. Es berichten Necati Mert (Redakteur der Zeitschrift „*Die Brücke*“) und Martin Heiming (Anwalt von Asylsuchenden).«

Beginn: 20.00 Uhr, Emil Julius Gumbel-Raum, Karlstorbahnhof Heidelberg

Veranstaltet von: AG politische Gefangene der Roten Hilfe HD, Deutsch-Ausländischer Solidaritätsverein (DASOV), Arbeitskreis Antiimperialistische Solidarität (AKAS)

Mi. 16.12.
Veranstaltung im KaBa — 20.00 Uhr

Veranstaltung im KaBa HD zum Thema „*Staatliche Verfolgung und politische Gefangene*“

»Von verantwortlicher Seite ist stets geleugnet worden, daß es in der BRD politische Verfolgung oder sogar politische Gefangene gibt. Tatsächlich jedoch wurde und werden Menschen aus politischen Gründen benachteiligt, verfolgt und auch inhaftiert. Ihre Haftbedingungen sind mit den völkerrechtlichen Menschenrechtsnormen nicht vereinbar. Es berichtet u. a. Hans Michael Empell (Verfasser von völkerrechtlichen Beiträgen zu [internationalen] Menschenrechten).«

Beginn: 20.00 Uhr, Gumbel-Raum, KaBa HD

Veranstaltet von: AG politische Gefangene der Roten Hilfe HD, Deutsch-Ausländischer Solidaritätsverein (DASOV), Arbeitskreis Antiimperialistische Solidarität (AKAS)

Sa. 12.12.
FreeStage-Session im JuHa Bietigheim — 19.00 Uhr

„The Beat goes ON“ FreeStage-Session Numba One

»Instrumente und Verstärker stehen zur Verfügung, um die richtigen Vibrations zu entdecken. WelcheR Lust hat, mit anderen Leuten auf gut Glück neue musikalische Horizonte zu eröffnen, möge, ob musikalisch oder nicht, zu jener Zeit sämtliche Instrumentalien einpacken und sich damit auf die Bühne stellen.«

Einlaß: 19.00 Uhr, Jugendhaus Farbstraße, Farbstraße 15, 74321 Bietigheim [Eintritt frei]

Sa. 12.12.
Love Parade in Heidelberg — 15.00 Uhr

Street Parade für ein neues Autonomes Zentrum

An diesem Tag treffen sich alle, die für den dauerhaften Erhalt eines Autonomen Zentrums in Heidelberg kämpfen und tanzen wollen. Vor dem Bauhaus werden die DJs **JAN SIRUP**, **KENNETH STARR** und **JJ SCHNUFFLE PARKA** auflegen, um gleich gar nicht das Gefühl von Kälte aufkommen zu lassen. Danach geht es dann zusammen im „Parade“-Zug durch die Plöck bis zur Peterskirche, wo das ganze Spektakel dann enden soll. Kommt massenhaft, ihr werdet einiges geboten bekommen.

Treffpunkt: 15.00 Uhr, Bauhaus Heidelberg

Veranstaltet vom AZ Heidelberg

Sa. 12.12.
Punk-Rock-Party in Hirschhorn 20.00 Uhr

Es wird alles geboten: von Angeschissen bis ZSD
Location: Jugendzentrum Hirschhorn

So. 13.12.
Antifa-Cafe im JUZ Hirschhorn 17.00 Uhr

Gezeigt wird der Dokumentarfilm *„Jung, rechts, gewaltbereit - wie die NPD ihren Nachwuchs rekrutiert"*
Beginn: 17.00 Uhr
Im JUZ Hirschhorn

Fr. 18.12.
Blockade in Frankfurt

Blockade und Aktionen gegen die geplante Aktionärsversammlung der „IG Farben in Auflösung"

Unter dem Motto *„IG Farben auflösen - ZwangsarbeiterInnen entschädigen - Kapitalismus abschaffen!"* soll die Hauptversammlung zusammen mit dem Auschwitz-Komitee, der VVN/BdA, der AA/BO und möglichst vielen weiteren Menschen undurchführbar gemacht werden. Mittlerweile ist bekannt geworden, daß es äußerst unsicher ist, ob die „IG Farben in Auflösung" aufgrund des öffentlichen Drucks überhaupt Räumlichkeiten in Frankfurt finden wird. Jedenfalls: Sollten sie es schaffen, dann fahren von Heidelberg aus Leute mit dem Zug nach Frankfurt. Von daher ist die Abfahrtszeit noch nicht bekannt. (Achtet auf aktuelle Ankündigungen)

Treffpunkt: Hauptbahnhof Heidelberg
[*Näheres dazu in der vorletzten* Sabo]

Fr. 25.12.
Konzert im JuHa Bietigheim 19.00 Uhr

Konzert mit den Bands **SONIC DOLLS** (Sonnen-Punk à la Ramones) und **BANDIT JAZZ** (Funk-Punk).

Einlaß: 19.00 Uhr, Beginn: 21.00 Uhr, Jugendhaus Farbstraße, Farbstraße 15, 74321 Bietigheim [Eintritt zwischen 5 und 10 DM]

Veranstaltet von Polikult

JUZ MA

selbstverwaltet

Antifaschistisch

Termine im Dezember 1998

FR, 04.12.	Fete der Fachhochschule	20 Uhr
FR, 11.12.	Spiritual - Night (Gothic-Dark Wave-Disco)	22 Uhr
SA, 14.12.	N.E.W.I.W. vs. KREISLAUF	23 Uhr
FR, 18.12.	Konzert mit HOSTILE HOTCHPOTCH und ALI BABA & THE 40 THIEVES	20 Uhr
SA, 19.12.	Soli-Konzert für die Antifaschistische Jugendaktion Mannheim (AJA) mit WWK und AOB	20 Uhr
DO, 24.12.	WEIHNACHTS-Konzert	22 Uhr

Regelmäßige Termine:

Jeden Dienstag: Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag: Freiraumcafé, Vokü ab 19°°, Infoladen ab 20°°
Jeden Sonntag: RollenspielerInnen-Treffen ab 13°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim